

LOHNZURÜCKHALTUNG UND NULLRUNDEN: EINE WACHSTUMS- UND SOZIALPOLITISCHE SACKGASSE!

von Wolfgang Kühn, Rolf Münster,
Michael Schlecht und Jörg Wiedemuth



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

MEHR BEWEGEN

Herausgeber

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesvorstand, Düsseldorf

Autoren:

Dr. Wolfgang Kühn und Rolf Münster,
wissenschaftliche Mitarbeiter beim PIW, Progress-Institut für Wirtschafts-
forschung GmbH, Bremen

Michael Schlecht,
Leiter der Abteilung Tarifpolitik ver.di / IG-Medien Hauptvorstand

Jörg Wiedemuth,
Leiter der tarifpolitischen Grundsatzabteilung ver.di / HBV Hauptvorstand

Düsseldorf, April 2001

Hausdruck

Inhaltsverzeichnis

1. EINFÜHRUNG	3
2. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSTENDENZEN	6
3. LOHNPOLITIK UND VERTEILUNGSENTWICKLUNG	13
4. INTERNETÖKONOMIE ALS TRÄGER DAUERHAFTEN WACHSTUMS?	25
5. BESCHÄFTIGUNGSWUNDER AUS DER NÄHE BETRACHTET	37
6. TARIFRUNDE 2001: DEUTLICHE STEIGERUNG DER REALEINKOMMEN NÖTIGER DENN JE	43
AUSGEWÄHLTE QUELLEN	55

1. Einführung

„Häufig wird auch gefordert, das Lohnniveau müsse flexibler werden. Hierfür fehlt jedoch die Begründung. Im Gegenteil war in den USA die erhebliche Ausdehnung der Erwerbstätigkeit nicht mit einem Zurückbleiben des Lohnniveaus hinter der Produktivitätsentwicklung verbunden, während sich in Deutschland seit 1982 das Realeinkommen relativ zur Arbeitsproduktivität deutlich reduziert hat ohne eine Expansion der Erwerbstätigkeit hervorzurufen.“

Jürgen Kromphardt, Eine stärkere Lohnspreizung verringert die Arbeitslosigkeit kaum, in: Handelsblatt Nr. 66 v. 3.04.2001, S. 10.

Die moderaten Lohnabschlüsse der 90er Jahre haben den gesellschaftlichen Stachel der Arbeitslosigkeit nicht beseitigen können. Die erheblichen, empirisch begründeten Zweifel daran, dass fortdauernde Lohnmäßigung in einer entwickelten Marktwirtschaft wachstumspolitisch von Vorteil seien, haben sich in den 90er Jahren bestätigt. Gegen Ende der 90er Jahre schien sich zwar eine konjunkturelle Aufhellung anzudeuten, doch diese ist den jüngsten Prognosen zufolge schon wieder verflogen, obschon die Lohnabschlüsse von allen Seiten als moderat bezeichnet werden. Die unstete Exportentwicklung und insbesondere auch die deutliche Abschwächung der us-amerikanischen Konjunktur werden als die wesentlichen Ursachen für die geschmälernten Wachstumsaussichten gehandelt. Die Chance über Masseneinkommensstärkung verbleibende Wachstumslücken aufzutun werden nur unzureichend wahrgenommen. (Siehe Kapitel 2)

Der vermeintliche Erfolgskurs der Lohnmäßigung hat im Verein mit der dauerhafte Arbeitslosigkeit zu einer sozialökonomisch unbefriedigenden Entwicklung geführt, die sich mittlerweile auch in den amtlichen Statistiken widerspiegelt: Ein Viertel der westdeutschen Privathaushalte ist an seinem durchschnittlichen Geldvermögen gemessen verschuldet; d.h. hat mehr Geldschulden als Geldvermögen. Dies ist eines der Ergebnisse der jüngsten Einkommens- und Verbrauchstichprobe des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.

Der nationale Verteilungsbericht der rot-grünen Bundesregierung weist eine weitere bedenkliche Entwicklung auf: Fast 20% aller westdeutschen Erwerbstätigen hatten 1998 weniger als die Hälfte des Durchschnittsbruttoverdienstes, d.h. das Bruttoeinkommen dieser Personen lag unter 32.500 DM. Obschon diese Menschen einen Arbeitsplatz haben sind sie also nicht vor relativer Armut sicher. Die fortgesetzte Lohnmäßigung erweist sich als wachstums- und sozialpolitische Sackgasse. (Zur Verteilungsentwicklung siehe Kapitel 3, insb. Schaubild 6)

Das Interesse für Verteilungsentwicklungen und ist bei Mainstream-Ökonomen eher unterentwickelt und rangiert auch im breiten Medieninteresse nicht auf den vordersten Plätzen. Die Internetökonomie ist dagegen in aller Munde.

"Neue Ökonomie - neue Herausforderungen" verkündet der Sachverständigenrat (SVR) in seinem jüngsten Jahresgutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die Verheißung der Internetökonomie sei, dass die Volkswirtschaft in die Nähe von Vollbeschäftigung gelangen könne.

Diese enormen Zukunftschancen, so der Sachverständigenrat, verlangten allerdings, ein kräftiges Rütteln an "unzeitgemäßen Regulierungen": Dazu gehören Ladenschlussgesetz, kollektive Tarifverträge und unbefristete Arbeitsverträge. Dies seien Vorkehrungen, die die neue Ökonomie nicht brauche, sondern eher als Bremsklötze wahrnehme. (SVR 2000, Ziff. 329)

Die neue Ökonomie entspricht also zumindest in dieser Hinsicht der alten: Arbeitnehmerrechte gelten hier wie dort wenig.

Viele junge Menschen suchen in der Internetökonomie eine Chance. Die Arbeitszeiten sind so lang, wie die Begeisterung groß ist. Die Bezahlung allerdings oft schlecht und/oder unsicher. Selbstständigkeits werden gewagt, von denen viele nur gerade den ersten Hype überstehen werden.

Eine kritischere Auseinandersetzung mit den vermeintlich enormen Zukunftschancen der Internetökonomie vermisst man im jüngsten Jahresgutachten des SVR. Insbesondere wird die Frage übergangen, welches Rationalisierungspotential die Internetökonomie mittel- bis langfristig birgt, d.h. welche Gefahren für die Beschäftigung aus den neuen Querschnittstechnologien resultieren.

Es bedarf einer sozial und wissenschaftlich kritischeren Auseinandersetzung mit den positiven wie den negativen Begleiterscheinungen der aufkommenden Internettechnologien und ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigung. Mit dem Motto "Siehe das vorbildliche Amerika" und "Bahn frei für die Neue Ökonomie" kann es nicht getan sein. (Zu einer realistischeren Beurteilung siehe die Kapitel 4 und 5)

2. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen

„Obwohl die Konjunktur in Deutschland deutlicher als erwartet an Fahrt verloren hat, halten die Institute an ihrer Einschätzung fest, dass es nicht zu einer ausgeprägten Konjunkturschwäche oder gar zu einer Rezession kommen wird. Vielmehr bleibt die gesamtwirtschaftliche Produktion merklich aufwärts gerichtet. (...) Die Effekte der weltweiten Konjunkturabschwächung dürften nunmehr stärker werden. Von daher ist eine deutliche Verringerung der Exportdynamik absehbar, doch ist ein Einbruch nicht zu erwarten. (...) Einen Unsicherheitsfaktor bildet bei alledem die Lage in den USA. In der Prognose ist unterstellt, dass sich die Konjunktur dort bald wieder stabilisiert. Eine ungünstigere Entwicklung würde schon wegen des großen Gewichts der amerikanischen Volkswirtschaft auf die europäischen Länder und damit auch auf Deutschland ausstrahlen.“

(Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, Seite 43f. u. 46)

Im Jahr 2000 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt um 3%; eine Steigerung, die in dieser Höhe seit vielen Jahren nicht erreicht werden konnte. Dieses Wachstumsintermezzo hat jedoch, wie im Frühjahrgutachten nachgelesen werden kann (S.90), keinen feststellbaren Effekt auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen gehabt. Die Produktivität, genauer gesagt, das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde stieg nämlich im Jahr 2000 ebenfalls um 3%. Mit anderen Worten: Das gesamtwirtschaftliche Wachstum des Jahres 2000 ist allein durch Produktivitätssteigerungen zustande gekommen.

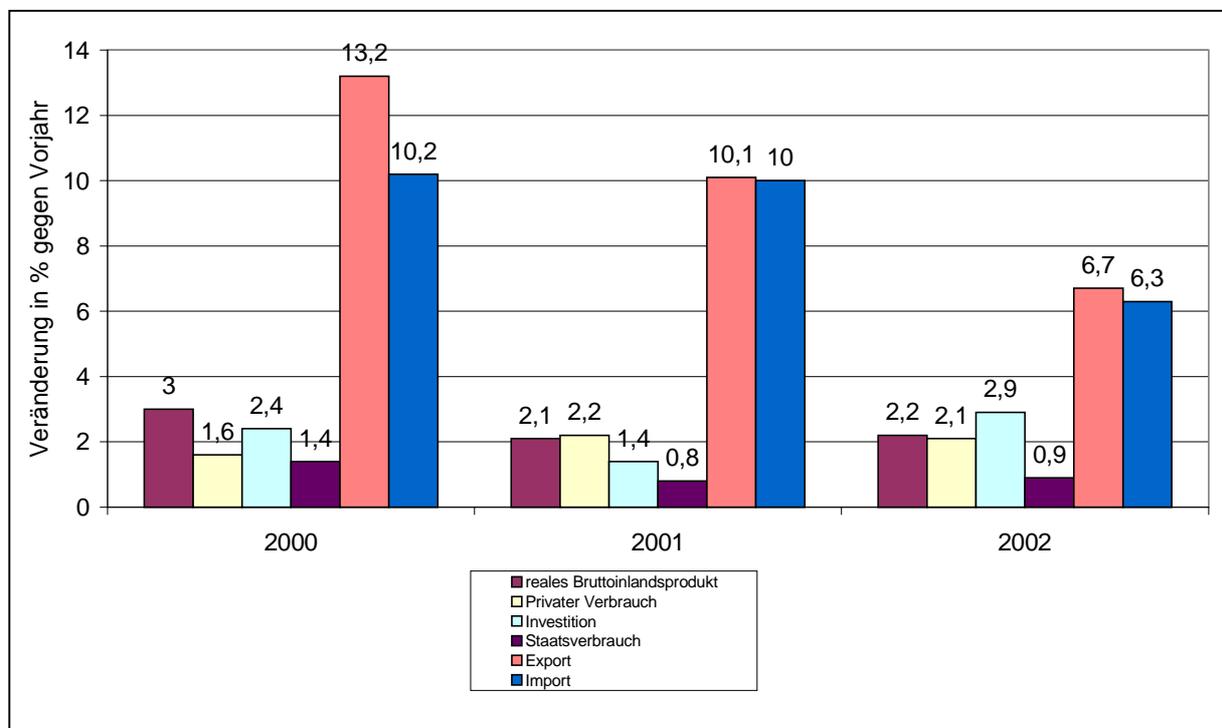
Immerhin sank im Westen die Arbeitslosenquote von 9,8% auf 9,2%. Diese Entwicklung ging aber an den ostdeutschen Arbeitsmärkten vorbei. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich dort sogar von 16,4% auf 16,8%.

„Die moderaten Tarifabschlüsse in den vergangenen Jahren haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Beschäftigung wieder erhöhte“, so schreiben die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten. Als Grund für die in Perso-

nen gerechnete Beschäftigungszunahme muss wieder einmal die bessere Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Richtig ist, dass für die relativ starke Steigerung des Wachstums vor allem das Exportgeschäft mit einem Schub von real plus 13,2% verantwortlich war. Möglich wurde dies durch eine gut laufende Konjunktur der Weltwirtschaft und insbesondere der US-Wirtschaft. Gleichzeitig begünstigte ein schwacher Euro den Auslandsabsatz der europäischen und vor allem der deutschen Wirtschaft.

➤ Siehe Schaubild 1

Schaubild 1: Entwicklung des Realen Bruttoinlandsprodukts und seiner Komponenten*



*2001,2002 Prognosen; Quelle: Frühjahrsgutachten 2001 der Wirtschaftsforschungsinstitute

So positiv die Entwicklung zumindest in Westdeutschland verlief, so war sie doch mit dem Setzen auf den Export von vornherein mit erheblichen Risiken behaftet. Denn: Es war und ist nicht zu erwarten, dass die Weltwirtschaft beständig günstige Exportbedingungen bietet und auch nicht, dass über fortwährende Abwertung des Euro die Exportchancen weiterentwickelt werden können.

Der private Verbrauch expandierte 2000 in Deutschland mit einer Rate von real 1,6%. Da die Bundesregierung sich vor allem dem Sparen verschrieben hat, stiegen die staatlichen Ausgaben gerade einmal um 1,4% gesteigert. Fazit: Die Binnen-

nachfrage leistete nur einen untergeordneten Beitrag zu dem relativ starken Anstieg des Wirtschaftswachstums. Gerade im Jahr 2000 bestand die Chance, durch ein Ausschöpfen des verteilungsneutralen Spielraumes die Binnennachfrage deutlicher zu steigern und damit die weitere wirtschaftliche Entwicklung unabhängiger von unkalkulierbaren, weltwirtschaftlichen Einflüssen zu machen. Aus damaliger Sicht war klar: Sobald wieder weltwirtschaftliche Turbulenzen einsetzen würden, wäre auch die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland gefährdet.

Für 2001 wurde noch zur Jahreswende ein Wachstum von 2,7 (Institute) bzw. 2,8 (Sachverständigenrat) prognostiziert. Mittlerweile haben die Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Voraussagen nach unten korrigiert. Die reale Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes wird dem Frühjahrsgutachten zu Folge 2001 bei 2,1 % und 2002 bei 2,2 % liegen.

Die nachlassende Dynamik war im Herbst 2000 zwar erwartet, aber unterschätzt worden. Seit dem Winter 2000/2001 rutscht die US-Konjunktur ab. Gespannt fragt sich die Finanzwelt, ob es zu einem „hard-landing“, d.h. zu einer echten Rezession kommen wird. Für eine Reihe von US-Wirtschaftssachverständigen erscheint eine Rezession mittlerweile unvermeidbar. Für 2001 wird eine Wachstumsrate von höchstens 1,5% nach 5% im vorangegangenen Jahr prognostiziert.

Für Japan ist die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung bereits entschieden: nach zaghafte Verbesserungen befindet sich das Land bereits wieder in einer neuen massiven Rezession. Auch wichtige andere Länder Asiens sind wieder in eine Abwärtsbewegung gerutscht. Damit sind die beiden wichtigsten wirtschaftlichen Zentren neben der EU im wirtschaftlichen Rückwärtsgang.

Die bundesdeutsche Exportexpansion wird sich 2001 - dem Frühjahrsgutachten zufolge - um 3,1 Prozentpunkte auf 10,1% abschwächen. Das Importwachstum geht dagegen nur um 0,2 Prozentpunkten auf 10,0% zurück. Die weltwirtschaftliche Nachfrage wird also zu einer deutlichen Dämpfung des Exportbooms führen.

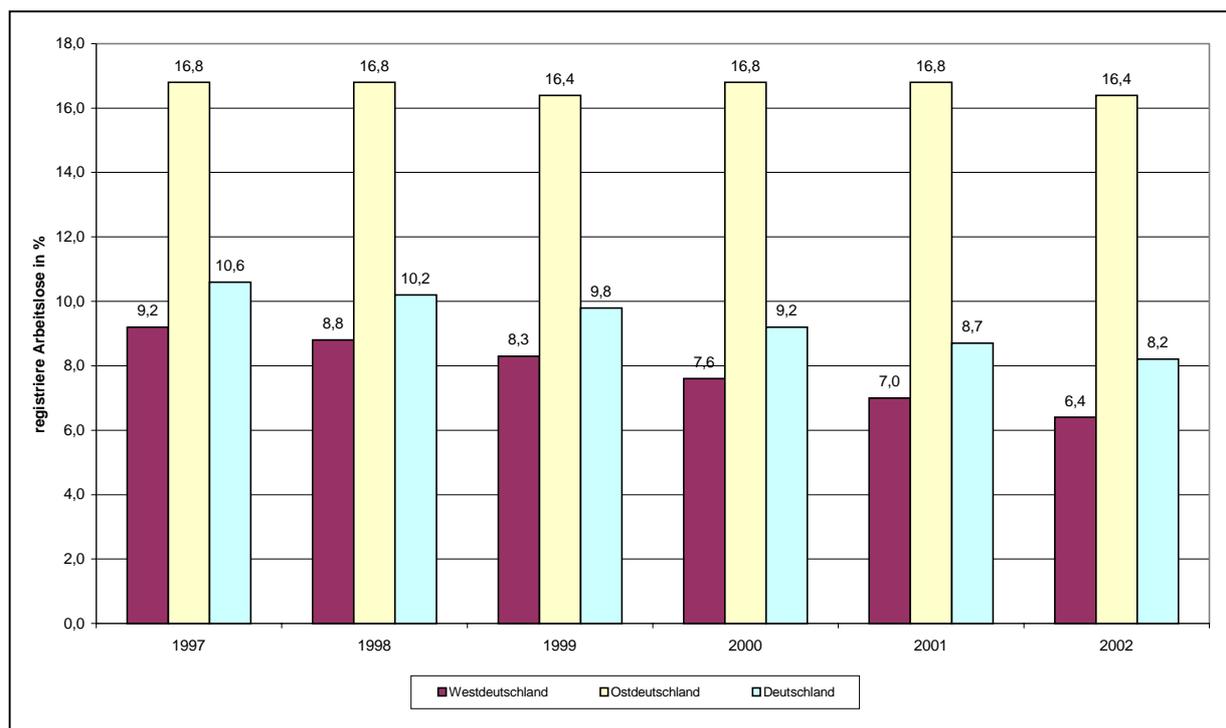
Der private Verbrauch wird in Deutschland 2001 voraussichtlich um real 2,2 % zunehmen. Ursache hierfür sind die Entlastungen im Zuge der Einkommenssteuerreform und die Lohnerhöhungen. Die Inlandsnachfrage wird den starken Exporteinbruch jedoch nicht kompensieren, dafür ist die Erhöhung viel zu schwach. Die Nachfrageimpulse durch die Steuerreform, die den abhängig Beschäftigten die moderate Lohnpolitik der Gewerkschaften „etwas versüßen sollte“, werden zu einem

größeren Teil durch die Preissteigerungen bei Energie und Kraftstoffen aufgezehrt, als bislang angenommen. Die Preissteigerungsrate von 1,9% im Jahresdurchschnitt 2000 ist in den ersten Monaten des Jahres 2001 deutlich über 2% gegenüber den Vorjahresmonaten geklettert.

Die Beschäftigungsprognose der Institute bleibt trotz der Konjunkturabschwächung bzw. der Risiken überwiegend optimistisch. Für 2001 (2002) wird mit einem Rückgang der gesamtdeutschen, registrierten Arbeitslosigkeit auf 3,695 (3,470) Millionen Personen gerechnet. Allerdings wird diese Entwicklung überwiegend auf den westdeutschen Arbeitsmarkt beschränkt sein. Für Ostdeutschland wird mit rund 1,2 Millionen registrierten Arbeitslosen eine nahezu unveränderte Situation prognostiziert. Die Quote registrierter Arbeitsloser wird in den Neuen Bundesländern mehr als doppelt so hoch wie im Westen bleiben.

➤ Siehe Schaubild 2

Schaubild 2: Arbeitslosenquoten in Deutschland 1997-2002*



* Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose); Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Frühjahrsgutachten 2001, S. 63; eigene Darstellung.

Es zeigt sich nun die verhängnisvolle Wirkung der moderaten Lohnabschlüsse aus dem Frühjahr 2000, die in vielen wichtigen Tarifbereichen bis in das Jahr 2002 hineinreichen. In Anbetracht der konjunkturellen Situation im Frühjahr 2001 sind die Abschlüsse zu niedrig und vor allem lässt sich durch die lange Laufzeit in diesem

Frühjahr in vielen Tarifbereichen nicht mehr gegensteuern. Gerade deshalb ist es wichtig in denjenigen Tarifbereichen, in denen keine Bindungen durch lange Laufzeiten bestehen, 2001 durch kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen auch einen Beitrag zur Stabilisierung der Binnennachfrage zu leisten.

Eine weitere wichtige Säule der Binnennachfrage könnte der Staatsverbrauch sein. Mit einem Minister Eichel geht die Rechnung aber nicht auf. Sparen heißt die Devise, egal wie die ökonomischen, sozialen und bildungspolitischen Folgeschäden sind. Der Staatsverbrauch wird deshalb 2001 nur um 0,8 Prozent zunehmen. Man hätte kaum gedacht, dass der Wert von 2000 mit 1,4 Prozent noch zu unterbieten ist.

Die Prognosen der Forschungsinsitute für das Jahr 2001 und 2002 basieren auf der Annahme, dass die us-amerikanische Wirtschaft im III., spätestens im IV. Quartal 2001 wieder tritt fasst. Nur unter diesen Voraussetzungen gilt die Einschätzung, dass Deutschland und die EU mit einem „blauen Auge“ davonkommen. Diese Annahme weist aber Risiken auf: Es wird unterstellt, dass die US-Konjunktur mit ein paar geschickten Schachzügen der Geldpolitik, insbesondere rascher Zinssenkungen durch die amerikanische Notenbank, wieder auf einen Wachstumspfad gelangen könne. Man habe ja in den letzten 8 Jahren gesehen, wie die Geldpolitik von Alan Greenspan für dauerhafte wirtschaftliche Prosperität Sorge, so die Optimisten.

Unverkennbar ist aber, dass die gegenwärtigen us-amerikanischen Probleme weit- aus einschneidender sind als in der letzten Dekade. Zum einen ist zu erwarten, dass mit dem Platzen der Spekulationsblase an den Aktienmärkten auch die Binnennachfrage deutlich nachlässt. Außerdem werden Entlassungen sich unmittelbar negativ auf die Kaufkraft auswirken. Die Folge dieser Entwicklungen: Der Binnennachfrage droht eine fühlbare Einschnürung.

Zum anderen wird bislang übersehen, dass gerade in den letzten Jahren der überschäumenden Prosperität massiv in neue Anlagen, vor allem auch Industrieaus-rüstungen investiert wurde. Angesichts der einbrechenden Nachfrage diagnostiziert eine Reihe von wirtschaftspolitischen Beobachtern ein us-amerikanisches „Überinvestitionsproblem“.

Die Situation in den USA ist also durch aufgeblähte Produktionskapazitäten gekenn- zeichnet, die auf eine nachlassende Binnennachfrage treffen. Das Problem liegt demzufolge auch in erheblichen Disproportionalitäten des realwirtschaftlichen Be- reichs. Damit liegt auch die Gefahr nah, dass allein mit geschickter Politik der

Zentralbank die konjunkturellen Probleme nicht und schon gar nicht schnell gelöst werden können.

Wenn diese Entwicklungsrisiken in der US-Ökonomie eintreten, wird es nicht zu einer neuen Prosperität Ende 2001 kommen. Die Frage, wann einer der wichtigsten Wirtschaftsräume der Weltwirtschaft wieder Tritt fasst, darf durchaus als offen betrachtet werden. Es gibt ernst zu nehmende Ökonomen, die eine mehrjährige Phase der wirtschaftliche Schwäche befürchten.

Im jüngsten Frühjahrsgutachten wird berechnet, welche Auswirkungen ein um 1%-Punkt geringeres Wachstum und eine 10%ige Abwertung des US-Dollars auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland haben könnten. Das Resultat: Das Wachstum würde in 2002 höchstens 1,8% betragen. Weitere Faktoren können dieses Risikoszenario verschärfen.

So real die geschilderten Befürchtungen sind, sowohl die Wirtschaftsforschungsinstitute wie auch andere Akteure - vor allem die EZB - blenden derartige risikobehafteten Szenarien in ihren politischen Schlussfolgerungen aus. Wirtschaftspolitik wird nach dem Prinzip Hoffnung formuliert, wenn es dann doch schlimmer kommen sollte, muss man eben weitersehen. Damit vergibt man die Chance vorzusorgen, damit verschenkt man kostbare Zeit.

"Das Wachstum in Europa wird durch Exporte und nicht durch die Inlandsnachfrage bestimmt. ... Solange die US-Wirtschaft boomt, ist daran nichts auszusetzen. Sollte ihr allerdings eine Rezession ins Haus stehen, wird sich Europas Exportabhängigkeit als Achillesferse erweisen. Aus diesem Grund macht eine Zinssenkung ... in Europa Sinn. ... Um das Wachstum in Europa zu sichern, müsste ... dringend die Inlandsnachfrage angekurbelt werden, noch ehe sich American Beauty in ein amerikanisches Ungeheuer verwandelt."

King, Stephen, Chefökonom HSBC-Investmentbank London, in: Handelsblatt 19.4.01, Seite 28.

Gerade vor dem Hintergrund dieser möglichen Gefahren müssen wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten genutzt werden, um den europäischen Binnenmarkt zu stärken und die Exportabhängigkeit zu verringern. Eine offensive Einkommenspolitik in den Tarifrunden zählt hierbei zu den Grundvoraussetzungen. Durch die Steigerungen der Tarifeinkommen wird die Entwicklung der Massennachfrage entscheidend bestimmt. Direkt werden hierdurch die Einkommen der abhängig Beschäftigten bestimmt und indirekt die der Rentner. Darüber hinaus muss die staatliche Ausgabenpolitik auch ihrer makroökonomischen Rolle gerecht werden. Insbesondere in Zeiten von Konjunkturrisiken ist das sture Festhalten an staatlicher Kür-

zungspolitik unverantwortlich. Handlungsfelder für soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen gibt es mehr als genug, dies zeigen z.B. die Initiativen in den Bereichen lokale Ökonomie und gemeinnützige Beschäftigungsformen und nicht zuletzt die weiter drängende Notwendigkeit umfassender und dauerhafter Umweltschutzinvestition.

Passivität und Blindheit kennzeichnen auch die Geldpolitik der EZB. Während die us-amerikanische Notenbank bei den ersten Anzeichen von konjunktureller Abschwächung rasch die Zinsen senkt – bereits zweimal seit Anfang 2001 –, halten die europäischen Notenbanker sich die Augen zu. „Es gibt keine Anzeichen für eine globale Rezession“, so Duisenberg noch im April 2001. Spätestens jetzt wäre auf Grund der absehbaren wirtschaftlichen Risiken für 2002 als Vorsichtsmaßnahme eine Zinssenkung notwendig. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Zinssenkungen sich erst mit einem Zeitverzug von 9 bis 12 Monate auf die realwirtschaftlichen Prozesse auswirken. Die Rolle der EZB wird so immer mehr zu einem Wachstums- und Beschäftigungsrisiko.

Fazit: Die unsichere Exportentwicklung macht wieder einmal deutlich, dass eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung verstärkt auf binnenwirtschaftliche Kräfte setzen muss. Ein "verlässlicher" Aufschwung ist ohne eine deutlichere Stützung der inländischen Wachstumskräfte, allen voran des privaten Verbrauchs, nicht zu erwarten. Die moderate Lohnpolitik 2000 und 2001 ist zu einem Hindernis für die Stützung der Binnenkonjunktur geworden. Die Wirkungen der Steuerreform werden schneller aufgezehrt sein, als dies den Strategen des Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit lieb ist.

3. Lohnpolitik und Verteilungsentwicklung

"Das Beste, was die Lohnpolitik tun kann, ist die Durchsetzung einer produktivitätsorientierten nominalen Lohnentwicklung unter expliziter Berücksichtigung der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank. Steigen die Nominallöhne wie der Produktivitätstrend zuzüglich dieser Zielinflationsrate, ist dafür gesorgt, dass die Produktivitätsgewinne mit den geringstmöglichen Friktionen in Realeinkommen und Nachfrage umgesetzt werden. Das ist die institutionelle Lösung, um einerseits eine 'Wegrationalisierung' von Arbeitsplätzen insgesamt auszuschließen und andererseits die Gefahren für die Preisstabilität von Seiten der Lohnpolitik so gering wie möglich zu halten."

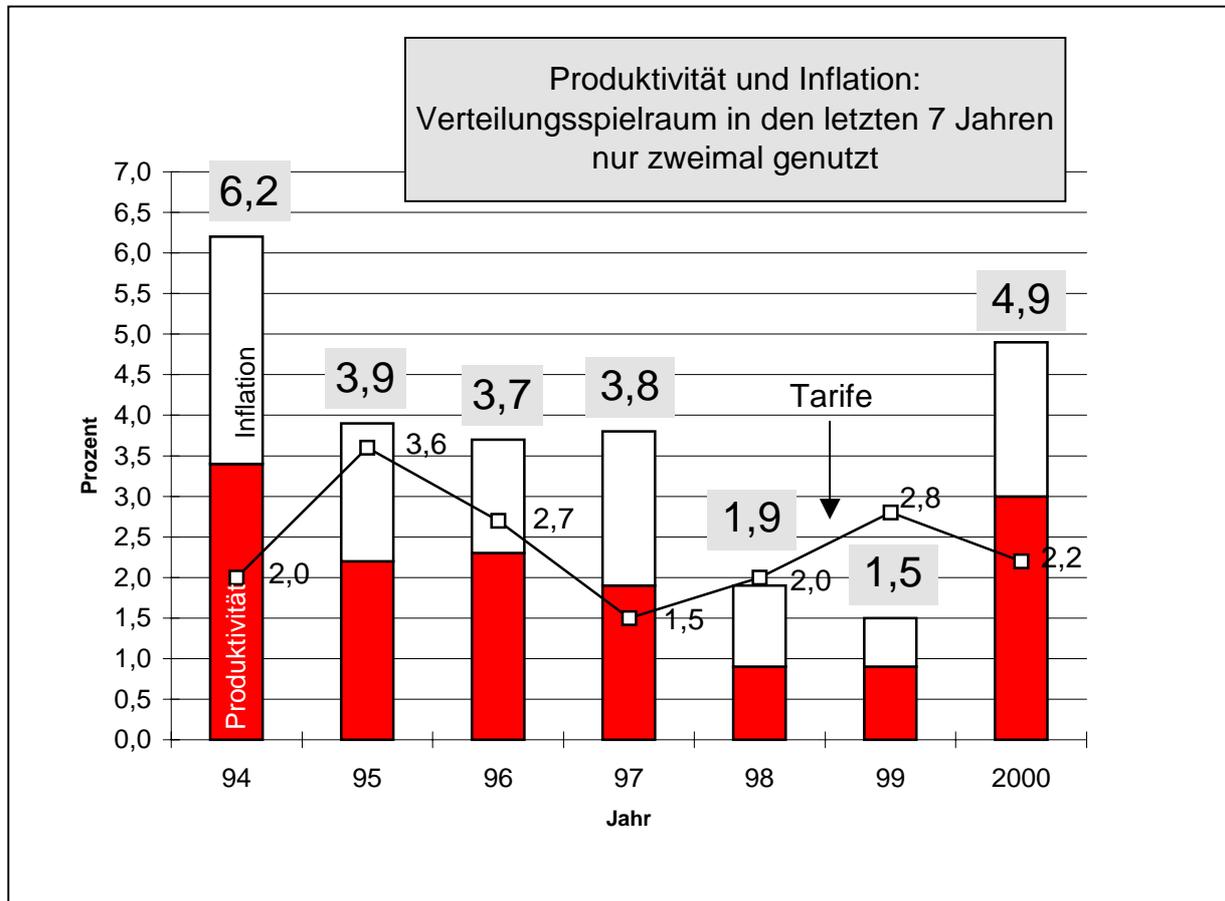
(Flassbeck, H., Spiecker, F., 2000, Löhne und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, H. 07/00, S. 17)

Betrachtet man die Lohnentwicklung in Deutschland über einen längeren Zeitraum, so ist festzustellen, dass sie deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben ist. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wären – ohne negative Auswirkungen auf Beschäftigungsentwicklung, Preisstabilität und Investitionskraft der Unternehmen – deutlich stärkere Entgeltsteigerungen möglich gewesen. (vgl. DIW-Wochenbericht 1-2/2001, S. 33)

In den letzten 7 Jahren gelang es nur 1998 und 1999, also in Jahren mit relativ geringen Verteilungsspielräumen, diese tarifpolitisch auszuschöpfen. Obschon der Verteilungsspielraum nach Schätzung des Sachverständigenrats im Jahr 2000 auf mehr als das Dreifache gegenüber 1999 gestiegen ist, blieben die tariflichen Abschlüsse des Jahres 2000 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt deutlich hinter denen des Jahres 1999 zurück.

➤ Siehe Schaubild 3

**Schaubild 3: Tariflohnentwicklung und Verteilungsspielraum
1994-2000***



* ab 1996 Gesamtdeutschland; Inflation als Kostenentwicklung für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Produktivität je Stunde als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Erwerbstätigenstunde; Tarifverdienst je Stunde. Die Abbildung ist wegen erheblicher statistischer Revisionen nicht mit den entsprechenden Abbildungen in früheren Auflagen dieser Broschüre vergleichbar. Dies betrifft insbesondere das Jahr 1997 für welches der SVR in seinem jüngsten Gutachten eine um einen Prozentpunkt von 4,8 nach 3,8 % korrigierte Arbeitsproduktivität angibt. Quelle: bis 1995 WSI, ab 1996 DIW, SVR.

Nachdem - empirisch anhand der Arbeitsmarktentwicklung nachzuvollziehen - die Lohnzurückhaltung der 90er Jahre keinen Abbau der Massenarbeitslosigkeit bewirkt hatte, schien es so, als würden die Gewerkschaften 1998 und 1999 in ihrer Tarifpolitik wieder auf den Pfad der „produktivitätsorientierten Tarifpolitik“ zurückkehren. Diese praktische Kritik an der um sich greifenden neoliberalen Ideologie, dass Lohnzurückhaltung automatisch zu Beschäftigungszuwachs führen würde, hat sich im Jahr 2000 allerdings nicht fortgesetzt. Obwohl sich das ökonomische Umfeld 2000 gegenüber 1999 um Vieles günstiger darstellte, erinnern die Tarifabschlüsse eher an die „Lohnbescheidenheit“ der Jahre 1994 bis 1997.

"Die **tariflichen Grundlöhne und -gehälter** sind in Deutschland in **2000** gegenüber dem Vorjahr gesamtdeutsch um durchschnittlich **2,4 Prozent** gestiegen. Die jahresbezogene Erhöhung fiel in den alten und neuen Bundesländern nahezu gleich hoch aus. Damit ist es der gewerkschaftlichen Tarifpolitik anders als noch im Vorjahr nicht gelungen, über den Ausgleich der Steigerung der Lebenshaltungskosten hinaus eine volle Teilhabe an der gestiegenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erreichen. Der Verteilungsspielraum betrug im Jahr 2000 rund **5 Prozent** (Arbeitsproduktivität +3%, Preise +2%)."

(Siehe Bispinck, R., Tarifrunde 2000: Magere Verteilungsbilanz, www.boeckler.de/wsi/tarchiv/aktuell.cgi?pmid=178)

Die Branchenabschlüsse sind dabei recht unterschiedlich. Die höchste jahresbezogenen Tarifsteigerung erzielte der Handel mit 3,0 %. Es folgten laut WSI-Tarifarchiv die Gewerbe Nahrung- und Genussmittel mit 2,8 %, die Investitionsgüterindustrie (2,6 %), das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und das Verbrauchsgütergewerbe mit jeweils 2,5 %. Die niedrigsten Steigerungen erfolgten in den Bereichen Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe mit 2,0 %, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau mit 1,9 %, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ebenfalls mit 1,9 % und im Baugewerbe mit 1,6 %.

"Damit zeigt sich, dass die jahresbezogenen Tarifsteigerungen im vergangenen Jahr in weiten Bereichen nicht einmal zum Ausgleich der um 2% gestiegenen Lebenshaltungskosten ausreichten."

Bispinck, R., Tarifrunde 2000 ..., a.a.O.

Trotz der teilweise vehementen Ablehnung von Lohnleitlinien im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit hat die Empfehlung einer „beschäftigungsorientierten und längerfristigen Tarifpolitik“ in der Tarifrunde 2000 im Resultat zur Rückkehr zu sogenannten „moderaten Tarifabschlüssen“ geführt.

Die Bündnisübereinkunft lautet: „Die am Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit Beteiligten empfehlen – gestützt auf die gemeinsame Erklärung von BDA und DGB vom 6.7.1999 – für die anstehende Tarifrunde 2000 eine beschäftigungsorientierte und längerfristige Tarifpolitik. Dabei wird der sich am Produktivitätszuwachs orientierende, zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum vorrangig für beschäftigungswirksame Vereinbarungen genutzt. Die jeweils zuständigen Tarifparteien werden im Rahmen ihrer Verantwortung notwendige branchenbezogene Differenzierungen vereinbaren.“ (Bündnis 2000)

Unter der Überschrift "Moderate Lohnpolitik - ein Anfang ist gemacht" bestätigt der Sachverständigenrat in seinem jüngsten gesamtwirtschaftlichen Gutachten die bescheidenen Tarifabschlüsse des Jahres 2000:

„Der Sachverständigenrat hat wiederholt gefordert, den Zuwachs im Produktivitätsspielraum nicht allein für die Erhöhung der Einkommen zu nutzen, sondern auch für die Mehrung der Beschäftigung einzusetzen. Genau dies ist in diesem Jahr (gemeint ist 2000, R.M.) geschehen. (...) Die Tarifierhebungen bleiben unter der trendmäßigen Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität pro Stunde. (...) Damit ist ein Anfang (!, R.M.) für eine stärkere beschäftigungsorientierte Tarifpolitik gemacht.“

(Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2000/01 zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/4792, Ziff. 412)

Gegen das schnelle Vergessen ist festzuhalten, dass das Jahr 2000 nicht den *Anfang* einer vermeintlich beschäftigungsorientierten Tarifpolitik markiert, sondern vielmehr die Rückkehr zu einer tarifpolitischen Bescheidenheit, die fast die gesamte letzte Dekade kennzeichnete. Durch die überwiegend zweijährigen niedrigen Tarifabschlüsse wurde diese Entwicklung für große Tarifbereiche auch für das Jahr 2001 fortgeschrieben. Trotz weiteren Wirtschaftswachstums werden die Entgelte der Beschäftigten nicht an dieser Entwicklung teilhaben.

Die Selbstverständlichkeit mit der der Sachverständigenrat Lohnzurückhaltung als das Mittel der Beschäftigungspolitik preist führt in die Irre. Produktivitätsspielräume, die nicht in Realeinkommenserhöhungen und damit einzelwirtschaftlichen Kostensteigerungen münden, müssen nicht zwangsläufig für die Mehrung der Beschäftigung eingesetzt werden. Diesen eindeutigen Automatismus gibt es nicht.

Die wirklichen Verhältnisse sind komplizierter: In den 90er Jahren wurden überwiegend Produktivitätsentwicklungen realisiert, die über die realen Arbeitskostensteigerungen hinausgingen. Diese Situation war sowohl mit fallenden Beschäftigungszu-

wachsen und moderaten Beschäftigungsgewinnen wie auch mit deutlichen und anhaltenden Beschäftigungsverlusten verbunden. Diese Feststellung gilt selbst dann, wenn man, als Maßstab für Verteilungsspielräume den Produktivitätsschüben die realen Arbeitskosten gegenüberstellt und nicht nur die Bruttoarbeitnehmerlöhne.

Ein dritter Fall scheint auch nicht völlig ausgeschlossen. Wie die Schätzungen für das Jahr 2000 nahe legen, ist es zu einem deutlichen Beschäftigungsaufbau in Höhe von 1,6 % gekommen, während reale Arbeitskosten und Produktivität sich mit 3 % im Gleichschritt bewegt haben.

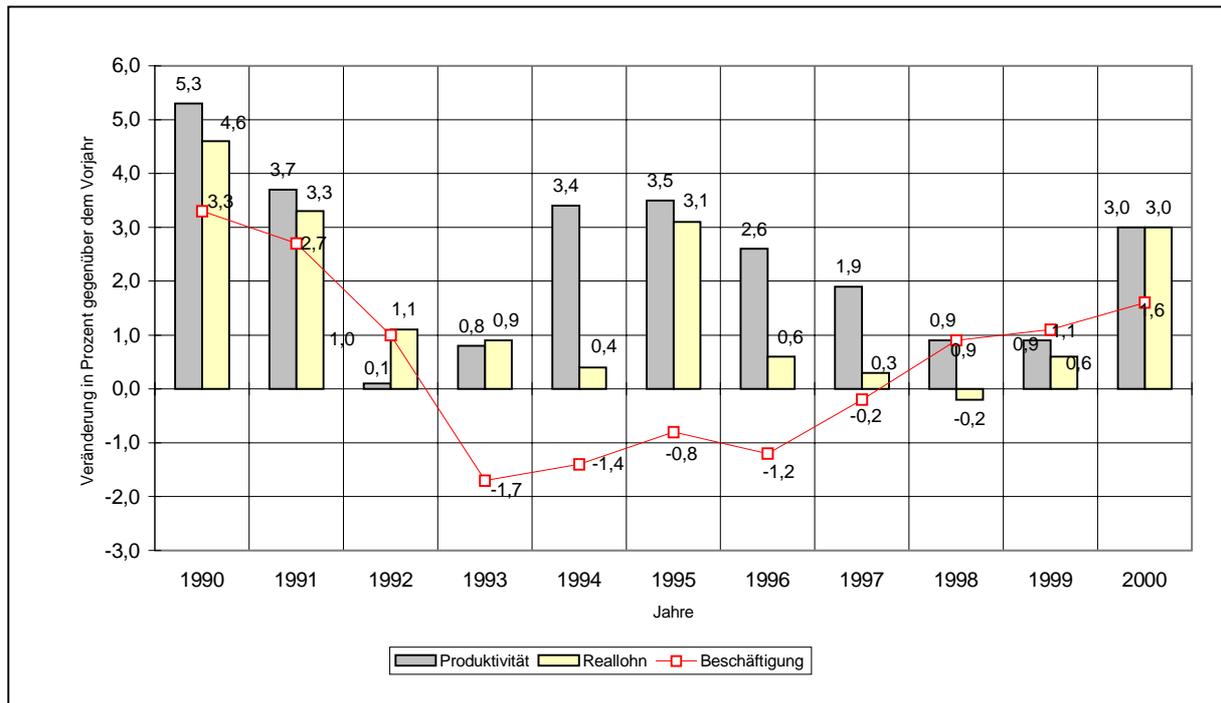
„Die Forderung, dass die nominalen Lohnzuwächse hinter der Produktivitätszunahme zurückbleiben sollen, ist vor diesem Hintergrund nichts anderes als die Forderung nach einer Umverteilung zugunsten der Gewinne.“

(DIW 1-2/2000, S. 33)



Siehe Schaubild 4

Schaubild 4: Reale Arbeitskosten, Produktivität und Beschäftigung 1990 - 2000*



* ab 1997 Gesamtdeutschland; Stundenproduktivität als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Erwerbstätigenstunde; Reale Arbeitskosten als Arbeitsentgelt plus kalkulatorischer Unternehmerlohn je geleistete Erwerbstätigenstunde deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsproduktes (mit der Einbeziehung des sogenannten kalkulatorische Unternehmerlohns wird unterstellt, dass jeder Selbstständige/mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Arbeitsentgelt eines Arbeitnehmers erhält); Beschäftigung als Anzahl Erwerbstätiger (Inländerkonzept nach ESVG 1995); Quelle: DIW, SVR

Eine rigide, vorrangig auf die Problematisierung der Löhne abstellende Theorie kann daher weder die langfristige Unterbeschäftigung seit Mitte der 70er Jahre noch die Arbeitsmarktentwicklung in den 90er Jahren zufriedenstellend erklären.

Lohnzurückhaltung eignet sich allerdings aus neoliberaler Sicht auch unabhängig von den tatsächlichen Verhältnissen als "unsterbliche" Politik: Wenn sie nämlich am Arbeitsmarkt keine ausreichenden Beschäftigungszuwächse oder gar Beschäftigungsverluste zeitigt, dann muss Lohnzurückhaltung eben langfristiger und/oder deutlicher ausfallen. Das ist aber kein prüfbares Argument mehr, sondern eine einfache politische Überzeugung.

Neoliberale Arbeitsmarkttheorie kann die Frage, bei welchem Lohnsatz es zur Auslastung des "Faktors Arbeit" kommt, nicht beantworten. Der Lohnsatz muss eben nur niedriger sein. Vorsorglich verweist der Sachverständigenrat darauf, dass Beschäftigungswirkung möglicherweise erst bei Löhnen einsetzt, die das soziale Existenzminimum unterschreiten.

Zu beachten ist, dass eine stärkere Lohnspreizung nach unten Anreizprobleme bei einem zu hohen Anspruchslohn verursachen kann. Das Ziel einer ausgeprägteren Lohndifferenzierung kann nur dann erreicht werden, wenn auch die den Anspruchslohn im unteren Lohnsegment determinierenden Faktoren Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld ebenfalls auf den Prüfstand gestellt werden.

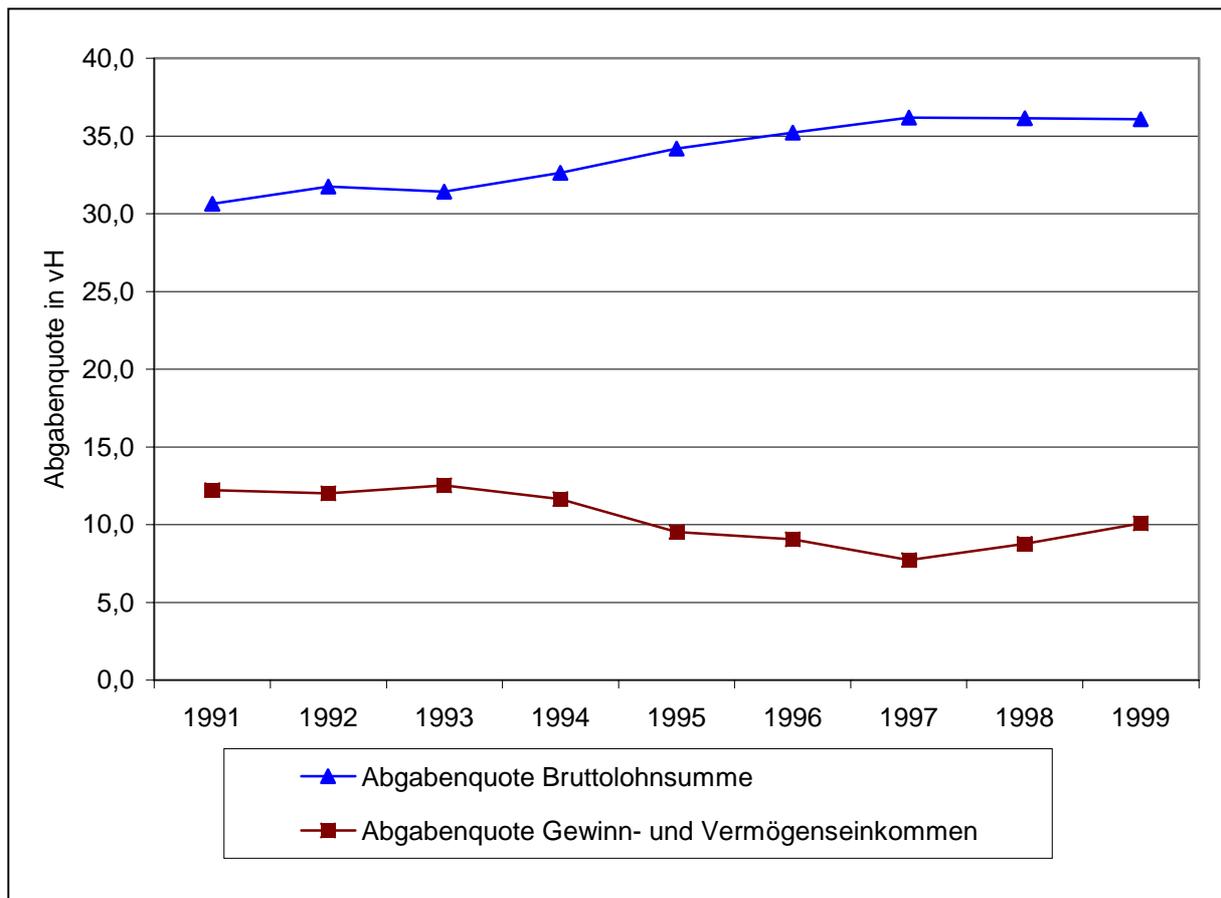
Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2000/01..., a.a.O., Ziff. 12

Im Klartext: Auf dem Arbeitsmarkt muss es nach der neoliberalen Theorie auch Löhne geben, die unter dem Existenzminimum liegen, welches dann in einem weiteren Schritt ebenfalls entsprechend abzusenken ist um dann wieder den angeblich notwendigen Anreiz zur Beschäftigungsaufnahme zu schaffen.

Flankiert wird diese langfristig angelegte Politik der Verschlechterung der lohnpolitischen Verteilungsverhältnisse durch eine Verschiebung der sozialstaatlichen Kostenrelationen incl. einer teilweisen Kompensation. Dort wo Unternehmen und Wirtschaft sich aus der Finanzierung des Gemeinwesens zurückziehen, wird der Staat in die Pflicht genommen. Beispiele dafür sind die jüngste Steuerreform, die eben auch als Pflaster auf der mäßigen Reallohnentwicklung der letzten zwei Jahrzehnte zu sehen ist und den Gewerkschaften die Kompromissfähigkeit im Bündnis für Arbeit und Wettbewerb erleichtern soll. Ein weiteres Beispiel ist der Rückzug der Unternehmen aus der paritätischen Rentenfinanzierung und die teilweise Deckung der entstehenden Finanzierungslücke bei privater Altersvorsorge durch den Staat. Und nicht zuletzt die Finanzierung einer seit Anfang der 80er Jahre rückläufigen Abgabenquote bei Gewinn- und Vermögenseinkommen durch zunehmende Staatsverschuldung (siehe hierzu Münster, Wiedemuth 1998, 24-26).

➤ Siehe Schaubild 5

Schaubild 5: Entwicklung der Abgabenquoten in Deutschland 1991 - 1999*



Quelle: Schäfer, C., 2000, Tabelle 2; eigene Berechnungen und Darstellung

Die Ungleichverteilung der Arbeits- wie der Gewinneinkommen führte im Verein mit den oben gezeigten Belastungsunterschieden in den 90er Jahren auch zu einer deutlich zunehmenden Ungleichverteilung der bundesdeutschen Geldvermögen.

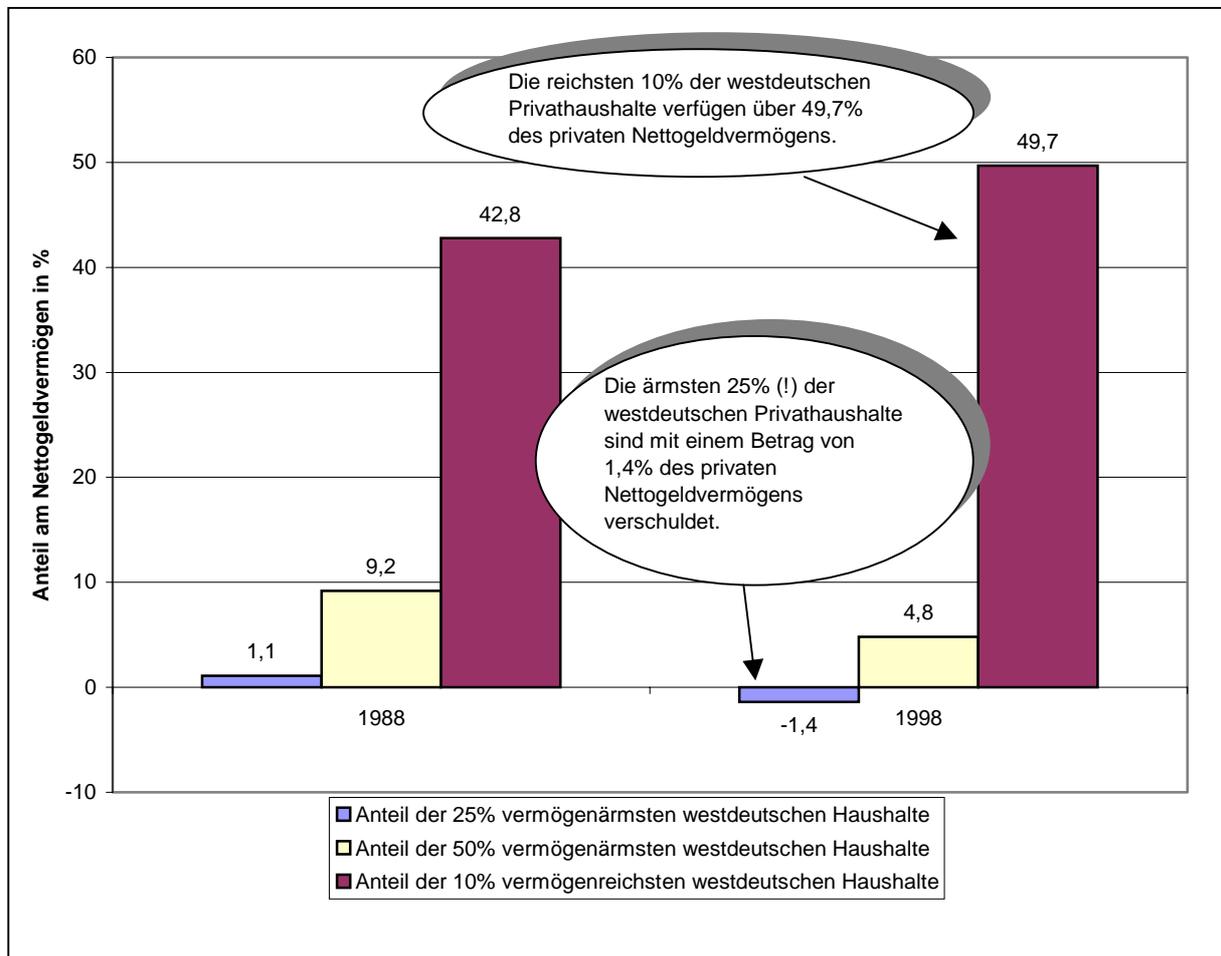
Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem sogenannten Bruttogeldvermögen, zu dem insbesondere Wertpapiere sowie Guthaben bei Banken, Versicherungen und Bausparkassen zählen, und dem Nettogeldvermögen, das sich durch Abzug der Schulden (ohne Hypotheken) von eben diesem Bruttogeldvermögen ergibt. Das Nettogeldvermögen kann bei einem verschuldeten Haushalt also auch negative Werte annehmen.

Genau diese Situation wurde von der jüngsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des statistischen Bundesamtes im Jahre 1998 festgestellt. Während 1988 das "untere", geldvermögenärmste Viertel der westdeutschen Privathaushalte noch über 1,1 % des Nettogeldvermögens verfügte, sank dieser Anteil bis 1998 auf -1,4 %.

Mit anderen Worten: 25% der westdeutschen Haushalte sind netto gesehen verschuldet, d.h. haben im Durchschnitt mehr Geldschulden als Geldvermögen. Die 10 % vermögenreichsten Haushalte Westdeutschlands konnten dagegen zwischen 1988 und 1998 ihren Anteil am Nettogeldvermögen von 42,8 auf 49,7 % steigern. Im selben Zeitraum ist der Anteil der "unteren" 50% westdeutscher Haushalte auf fast die Hälfte geschrumpft, nämlich von 9,2% im Jahre 1988 auf 4,8% im Jahr 1998.

➤ Siehe Schaubild 6

Schaubild 6: Entwicklung der Nettogeldvermögenverteilung unter westdeutschen Privathaushalten zwischen 1988 und 1998*



* Quelle: Sachverständigenrat, 2000, Tab. 67, S. 267

In den neuen Bundesländern stieg die Verschuldung des "unteren" Viertels geldvermögenarmer Haushalte allein zwischen 1993 und 1998 von 0,6 auf 2 % des privaten, ostdeutschen Nettogeldvermögens an. Die 10 % vermögereichsten Privathaushalte konnten dagegen ihren Anteil am Nettogeldvermögen von 38,8 auf 42,6% ausbauen. (Siehe SVR 2000, Tabelle 67, Seite 267).

Rechnet man zu den Nettogeldvermögen die Immobilienwerte hinzu kommt man zum sogenannten Nettogesamtvermögen. Auch dieser Indikator deutet eine zunehmende Verschuldung der privaten Haushalte an, wie der SVR richtig bemerkt:

"Einen Hinweis auf eine zunehmende Verschuldung privater Haushalte gibt die Tatsache, dass im Jahre 1998 das Viertel der Haushalte mit dem geringsten Nettogeldvermögen zusammengenommen ein negatives Gesamtvermögen aufweist. Insgesamt verfügt die weniger vermögende Hälfte der Bevölkerung über 3,6 vH des gesamten Nettovermögens, während das vermögenstärkste Fünftel ungefähr zwei Drittel auf sich vereinigt."

(Quelle: Sachverständigenrat, 2000, a.a.O, Ziff. 509)

Der Sachverständigenrat meint hierzu, dass die Vermögen "naturgemäß" viel ungleicher als die Einkommen verteilt seien, weil einkommensstarke Haushalte über lange Zeiträume oder gar Generationen hinweg mehr sparen können. Der unscheinbare Begriff des "naturgemäßen" hat in der neoliberalen Theorie eine lange Tradition und große Bedeutung: Hintergrund ist die Vorstellung, dass man ökonomische Entwicklungen nicht politisch hinterfragen/bearbeiten sollte, wenn die neoliberale Theorie sie als "natürlich" qualifiziert hat.

Die entscheidende Frage ist unseres Erachtens aber nicht, ob zunehmende Konzentration der Vermögen bei einer kleinen Bevölkerungsschicht und parallel verlaufende öffentliche Verarmung bzw. private Armut und Verschuldung am "unteren" Rand der Bevölkerung natürliche Entwicklungen sind, sondern ob sie politisch geduldet werden können, wenn sozialökonomische Schäden, wie sie in den USA zu verzeichnen sind, vermieden werden sollen.

In einem seiner frühen Gutachten Ende der 60er Jahre hat der SVR staatliche Vermögensbildungspolitik für Arbeitnehmer unter anderem **deshalb** propagiert, um den Verteilungskampf an der Tariffrent zu entschärfen. Die entsprechende Vermögensbildungsgesetzgebung hat jedoch dieses gesteckte Ziel nicht erreichen können, wie die jüngste Einkommen- und Verbrauchstichprobe deutlich demonstriert.

Interessanterweise erlebt die Diskussion über die „Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen“ seit dem Herbst 2000 eine Renaissance. Die gesellschaftliche Vermögensverteilung ist in der Tat nicht akzeptabel und bedürfte dringend einer Umverteilung. Angesichts der Verschlechterung der verteilungspolitischen Position der ArbeitnehmerInnen im Sektor der Arbeitseinkommen, ist allerdings kritisch zu fragen, ob nicht die neuerliche Präferenz der Vermögensbildung nicht die Illusion erzeugen soll, auf diesem Feld das zugesprochen zu erhalten was man in Tarifaueinandersetzungen nicht erreicht hat bzw. worauf man verzichtet hat.

Fazit: Die Wende in der Tarifpolitik, die sich in den Jahren 1998 und 1999 andeutete, konnte im letzten Jahr nicht fortgesetzt werden. Nach den Schätzungen des Sachverständigenrates bleibt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Tarifierhebungen mit 2,2 % deutlich hinter dem gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum in Höhe von 4,9 % zurück.

Damit verbunden ist die Fortsetzung der langanhaltenden Umverteilung zugunsten von Gewinn- und Vermögenseinkünften und zu Lasten von Arbeitseinkommen. Die strukturbereinigte wie auch die tatsächliche Bruttolohnquote haben im Jahr 2000 mit rund 70 % den niedrigsten Stand seit Anfang der 90er Jahre erreicht. Die Abgabenquote ist im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt bei den Löhnen und Gehältern im Verlauf der 90er Jahre von rd. 31 % auf rund 36 % gestiegen. Bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen ist eine sinkende Abgabenquote zu verzeichnen, die erst gegen Ende der 90er Jahre wieder auf ein Niveau von rd. 10 % ansteigt.

Die Akzente staatlicher Einkommenspolitik - wie die laufende Steuerreform und die steuerliche Förderung privater Altersvorsorge zeigen - stellen einen nur teilweisen Ausgleich der fortdauernden Umverteilung zugunsten von Gewinn- und Vermögenseinkommen dar.

Die jüngste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe hat bei der Geldvermögensverteilung eine deutlich zunehmende Konzentration festgestellt. Die "unteren" 25 % der westdeutschen Privathaushalte sind im Durchschnitt verschuldet, während die oberen 10% über fast 50 % des privaten Nettogeldvermögens verfügen.

4. Internetökonomie als Träger dauerhaften Wachstums?

"Zusätzliche Wachstumspotentiale entstehen, indem (...) der globale Wettbewerb gefördert sowie der Aufbau von Netzwerken ermöglicht werden. Wenn diese Potentiale ausgeschöpft werden, dann kann es zu einem nachhaltigen Anstieg der Beschäftigung kommen. Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen lassen sich gegenwärtig am Beispiel der Vereinigten Staaten veranschaulichen. (...)

(Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2000/01, Drucksache 14/4792, Ziff. 198)

So etwa schildert der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten das von ihm als Neue Ökonomie oder neudeutsch „new economy“ bezeichnete Phänomen.

Entschieden deutlicher war ein Beitrag in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ des vergangenen Jahres: „...die Wirkung der New Economy“ komme „tatsächlich einer industriellen Revolution gleich..., vergleichbar jenen tiefgreifenden Umwälzungen für Wirtschaft und Gesellschaft vor 150 Jahren.“ (Hank 2000, 451)

Man sucht im jüngsten Gutachten des SVR vergeblich eine kritische Auseinandersetzung mit dem Rationalisierungspotential der Internetökonomie und damit den Folgewirkungen für Arbeitsplätze. Die Dienstleistungsbranchen gelten den Mainstream-Ökonomen immer noch als resistent gegen die Beschäftigungsgefahren neuer Technologien. Das ungeheure Reservoir an Rationalisierungsmöglichkeiten, welches die schöne, neue Ökonomie eröffnet, wird offenbar nicht wahrgenommen.

Statt dessen werden die Vereinigten Staaten als mustergültige "Neue Ökonomie" gelobt.

Aus dieser Diagnose der USA entstehen schnell Rezepte für die wirtschaftliche Gesundung der Bundesrepublik und Europas: Laptops für alle, Greencards für Ausländer, Internet aus allen Steckdosen. Die wissensbasierte Vernetzung der new eco-

nomy verdrängt die arbeitsbasierte Produktion der old economy als Treibsatz des Wachstums.

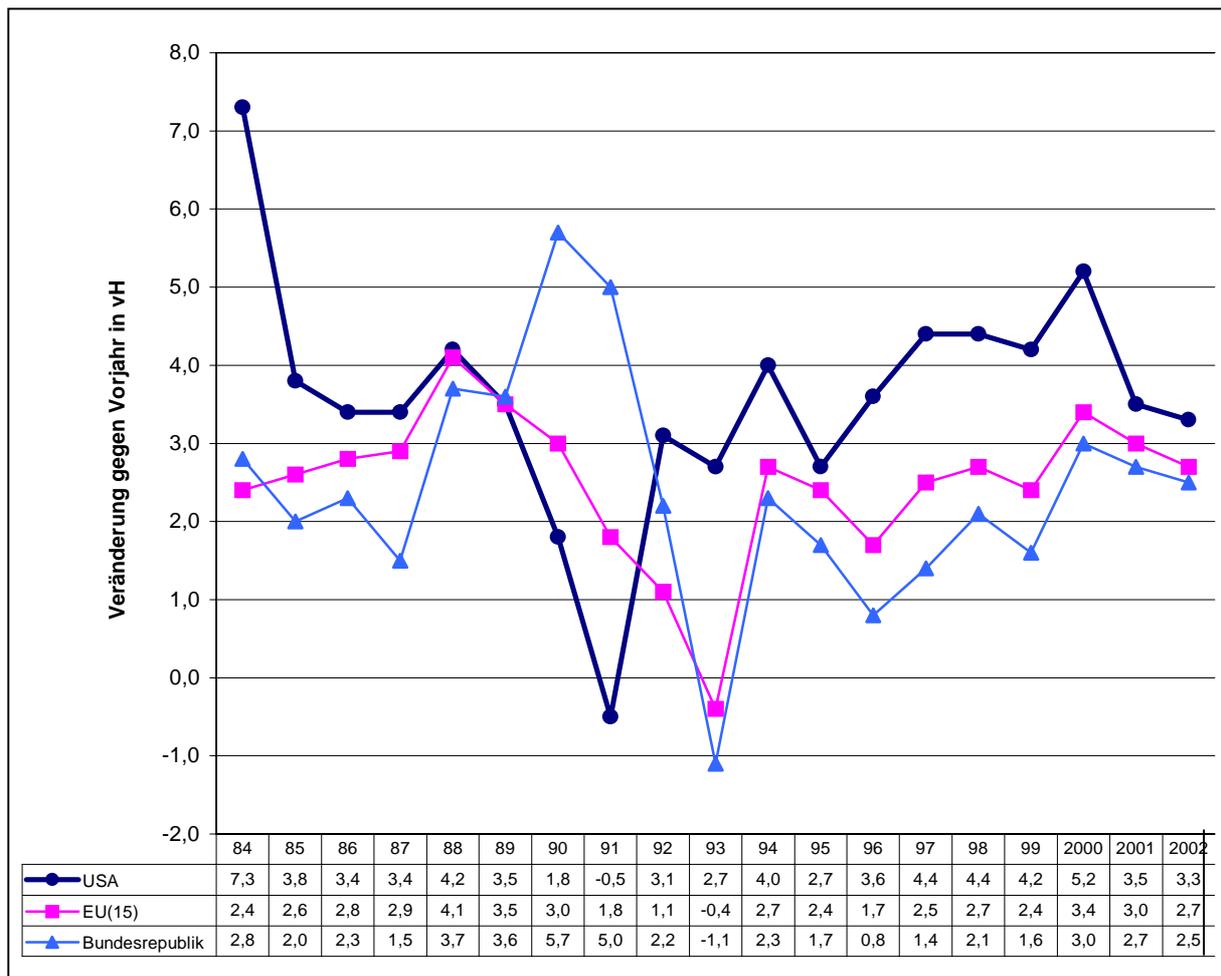
Nun ist es in der moderneren Wirtschaftsgeschichte in der Tat die Ausnahme, dass ein großes Industrieland wie die USA von den üblichen Konjunkturzyklen abweichend über ein Jahrzehnt ein kontinuierliches, stetiges Wirtschaftswachstum aufweisen kann.

Dieses vermeintliche "Wunder" ist allerdings **nicht durch das rasche Wachstum der new economy zu erklären sondern durch ein ganzes Bündel von Faktoren.**

Der Konjunkturaufschwung in den USA setzte Ende 1991, im letzten Jahr der Amtszeit von Präsident Bush (sen.) ein. Seitdem sind die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukt nur in zwei Jahren unter 3% gefallen, fünfmal lagen sie über 4%. Seit 1999 steht fest, dass der „derzeitige Konjunkturaufschwung der längste seit dem Zweiten Weltkrieg" ist. In der Europäischen Union betrug das Wachstum in der gleichen Zeit dagegen nur zweimal mehr als 3% - wenn die Schätzungen für das Jahr 2000 sich bewahrheiten. Dreimal lag das "europäische Wachstum" unter 2%.

➤ Siehe Schaubild 7

**Schaubild 7: jährliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes
USA - EU(15) - Bundesrepublik Deutschland***



* Für das Jahr 2000 Schätzung, für 2001 und 2002 Prognose, Quelle: OECD Wirtschaftsausblick

Ein Blick auf die Abbildung 7 verrät schon einen Unterschied der wirtschaftlichen Entwicklung der USA gegenüber den 15 Mitgliedsländern der Europäischen Union und gegenüber der Bundesrepublik im Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte: der Abschwung in den achtziger Jahren war in den USA deutlich ausgeprägter als in Europa. Außerdem verzögerte der „Einheitsboom“ in der Bundesrepublik zu Beginn der neunziger Jahre den fälligen konjunkturellen Abschwung.

Ebenfalls ist aus der Abbildung ersichtlich, dass bereits im Verlauf der Jahre 2001 und 2002 die US-Wirtschaft an Wachstumskraft verlieren wird: Der weitere Ablauf der Wirtschaftskonjunktur bleibt selbst für eingefleischte Propheten der „new economy“ ungewiss.

Im Durchschnitt der neunziger Jahre erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt der USA jährlich um 3,6 %, in der Europäischen Union waren es nur 1,9 %. Aus diesen Zahlen

wird abgeleitet, dass die USA über fast doppelt so hohe Wachstumskräfte verfügen wie das "verkrustete" Europa, von der Bundesrepublik mit nur durchschnittlich 1,4 % jährlichen Wachstumsraten ganz zu schweigen.

Nicht erkennbar aus der Abbildung ist ein wesentlicher Faktor, der die wirtschaftliche Entwicklung in den USA der neunziger Jahre mit prägte – das schnellere Anwachsen der Bevölkerung durch Geburtenüberschüsse und Einwanderung. Soll die Wirtschaftskraft eines Landes fortwährend gesichert werden, ist es notwendig, dass das Bruttoinlandsprodukt als Ausdruck für die Wirtschaftskraft eines Landes mindestens so schnell wächst wie seine Bevölkerung. Ist dies der Fall, bleibt das Pro-Kopf-Niveau der Güterversorgung erhalten bzw. steigt. Ist es nicht der Fall, sinkt die pro Einwohner zur Verfügung stehende Menge an Gütern und Dienstleistungen. Erst wenn das Wirtschaftswachstum prozentual die Zunahme an Einwohnern übertrifft, kommt es zu einer Wohlstandssteigerung.

➤ Siehe Tabelle 1

Tabelle 1: Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von Bevölkerung, Bruttoinlandsprodukt und Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 1991 bis 1999 in %*

	USA	EU (15)	Bundesrepublik
Bruttoinlandsprodukt	3,6	1,9	1,4
Bevölkerung	1,0	0,3	0,3
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	2,6	1,6	1,0

*Quelle: OECD 2000, Wirtschaftsausblick, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2000/2001, eigene Berechnungen

So betrachtet, schmilzt der vermeintliche Vorsprung an wirtschaftlicher Wachstumskraft der USA gegenüber Europa von 1,7 auf einen Prozentpunkt. Die unterschiedliche Bevölkerungsdynamik zwischen den USA und Europa hat noch andere Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, auf die noch später eingegangen wird.

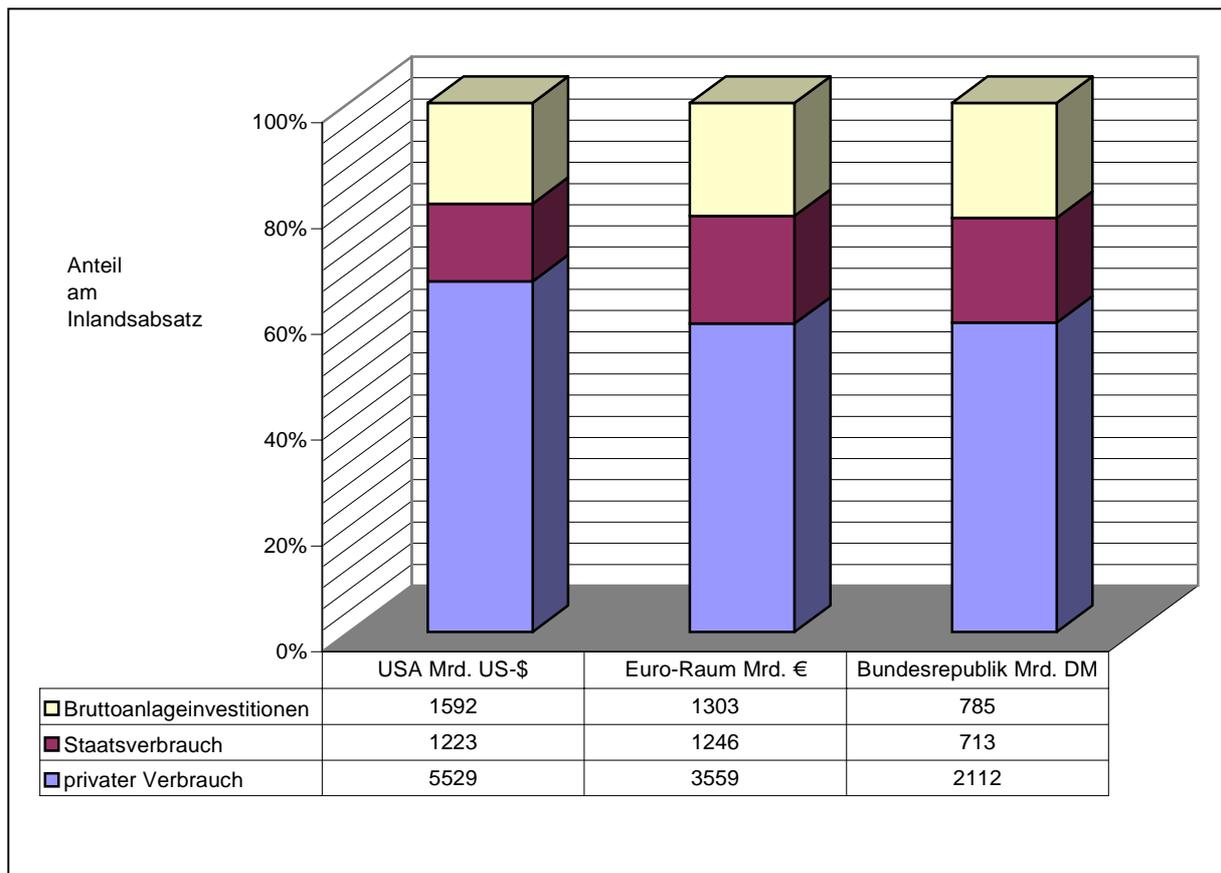
Was aber ist der Treibsatz des langen, us-amerikanischen Wachstumsschubes?

Es ist zunächst eine Binsenweisheit, dass das produzierte Bruttoinlandsprodukt in verschiedene Kanäle abfließen muss, damit der wirtschaftliche Kreislauf aufrecht erhalten bleibt. Der größte und wichtigste Kanal ist und bleibt der private Verbrauch - trotz aller Veränderungen in der Gesellschaft. Mehr als die Hälfte des Bruttoin-

landsprodukts wird konsumiert. Andere Absatzkanäle sind der Staatsverbrauch, wie Investitionen in die Infrastruktur oder die Anschaffung von Rüstungsgütern und schließlich die Investitionen der privaten Wirtschaft. Diese sind letztlich abhängig vom privaten Verbrauch, weil Unternehmen nur Maschinen nachfragen und Arbeitsplätze schaffen, wenn sie damit rechnen, dass das, was damit hergestellt werden kann, auf eine kaufkräftige Nachfrage trifft. Werden außerdem von einer Volkswirtschaft mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert, so entsteht ein weiterer Kanal für den Absatz des erzeugten Bruttoinlandsprodukts, nämlich das Ausland.

➤ Siehe Schaubild 8

Schaubild 8: Komponenten des Bruttoinlandsproduktes 1997 USA - Euro-Raum - Bundesrepublik Deutschland*



Quelle: OECD Wirtschaftsausblick 2000; eigene Berechnungen; eigene Darstellung

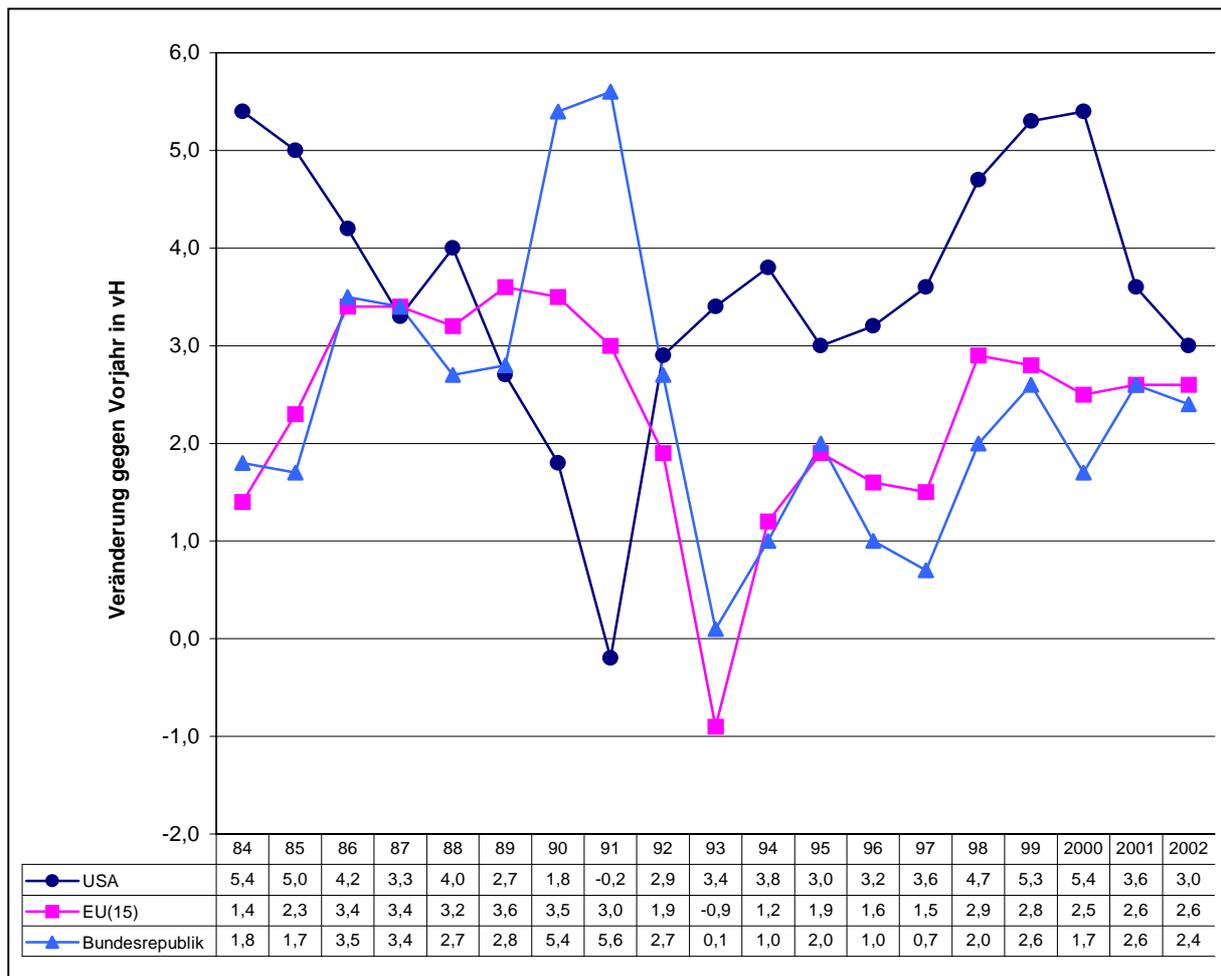
Abbildung 8 zeigt, dass der private Verbrauch in den USA eine erheblich größere Bedeutung hat als im Euro-Raum und in Deutschland. Der Unterschied macht immerhin 10 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukt aus. Die höhere deutsche und europäische Staatsquote gleicht den Rückstand beim Konsum nicht aus. Bemerkenswert ist weiter, dass der lange US-Aufschwung mit einer relativ niedrigen Investitionsquote bewerkstelligt wurde.

Der private Verbrauch hat nicht nur ein größeres Gewicht, sondern er hat in den USA im vergangenen Jahrzehnt auch erheblich stärker zugenommen als im Euro-Raum und insbesondere in Deutschland. Ab 1993 war der Zuwachs des privaten Verbrauchs in den USA teilweise um das Doppelte höher als in der Bundesrepublik.

Als Konjunkturmotor wurde der private Verbrauch in der Bundesrepublik nicht wirksam, seine Zuwachsraten blieben unter denen des allgemeinen Wirtschaftswachstums.

➤ Siehe Schaubild 9

**Schaubild 9: Jährliches Wachstum des privaten Verbrauchs
USA - Euro-Raum - Bundesrepublik Deutschland***



Quelle: OECD

Die selbstverordneten wirtschaftlichen Rosskuren der Bundesregierungen, zuerst bei der Einhaltung der sogenannten Maastrichtkriterien in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, und jetzt beim vermeintlich überfälligen Abbau der Staatsverschuldung, schränken den Verbrauch besonders der ärmeren Schichten der Bevölkerung ein. Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, Rentner und wenig Verdienende wurden und werden zur Kasse gebeten und mussten so überproportional die Lasten der öffentlichen Sparwut übernehmen.

Mit der Begründung den Standort Deutschland im globalen Wettbewerb fit machen, zu müssen sind Lohnerhöhungen in allen Wirtschaftsbereichen beschränkt worden, auch in denjenigen, die überhaupt nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Dafür sind die Gewinne prächtig gestiegen und die Umverteilung in einem Ausmaß und Tempo praktiziert worden, das einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ist.

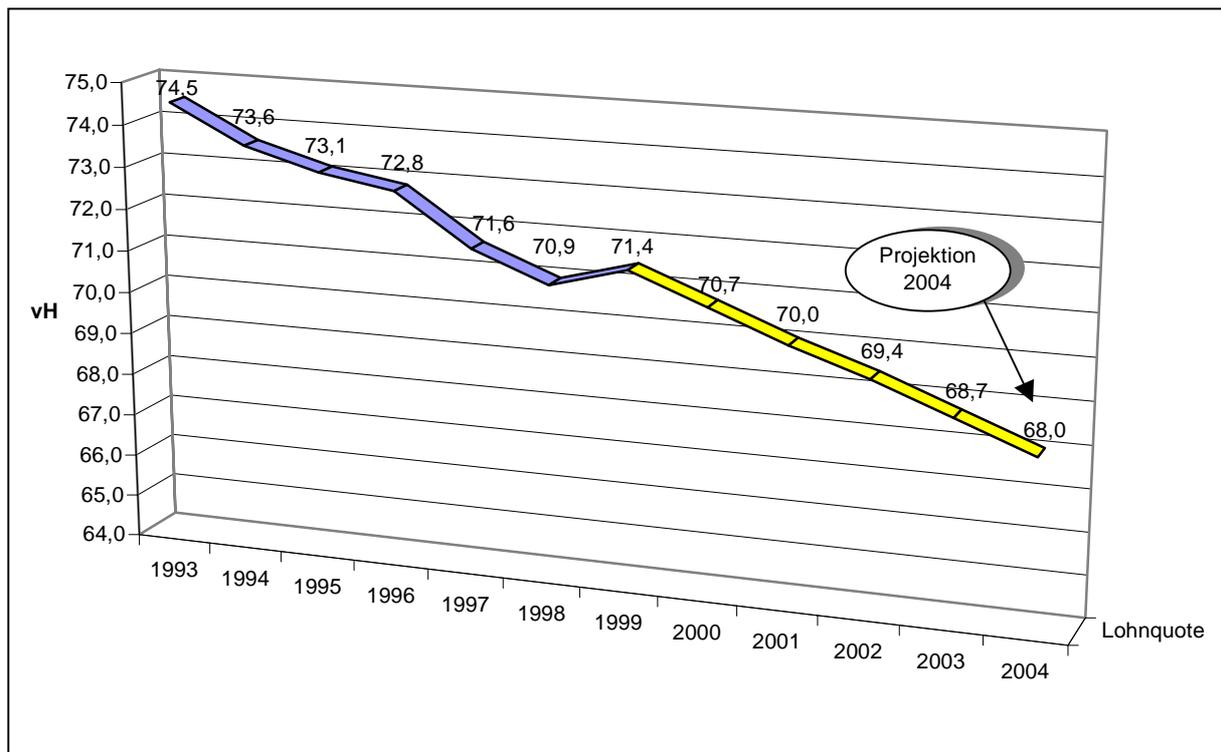
Während 1993 der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen - bekannt als Lohnquote - noch bei 74,5 % lag, sank diese Quote bis 1999 auf 71,4 %.

Jedoch, damit ist der Tiefpunkt voraussichtlich noch nicht erreicht. In ihrer „Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 2004“ hat die amtierende Bundesregierung zur Verteilung des Volkseinkommen angekündigt:

„Die Arbeitnehmerentgelte würden dann um knapp 3 % p.a. ansteigen. Demgegenüber dürften sich die Selbständigen- und Vermögenseinkommen um rund 6½ % p.a. erhöhen und damit deutlich über der Zunahme des Volkseinkommens (4 % p.a.) liegen.“ Schreibt man die Lohnquote unter Verwendung dieser Angaben bis 2004 weiter, wird sie im Jahre 2004 bei einem Wert von 68,0 % liegen. Das ist der niedrigste Wert, der in den zurückliegenden 25 Jahren bei diesem Indikator erreicht wurde.

➤ Siehe Schaubild 10

Schaubild 10: Lohnquote in der Bundesrepublik Deutschland 1993-2004*



* Lohnquote als Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen; Volkseinkommen als Arbeitnehmerentgelte plus Einkommen der Selbstständigen und Vermögenseinkommen; Quelle: Statistisches Bundesamt; Jahresprojektion 2004 der Bundesregierung, eigene Berechnungen

In den neunziger Jahren wurden in den USA die wirtschaftlichen Möglichkeiten für **Lohnerhöhungen** weit besser genutzt als in der Bundesrepublik und im Euro-Raum. Löhne können ohne wirtschaftliche Verluste, proportional zu den Unternehmensgewinnen steigen, wenn der vorgegebene Rahmen des Wachstums der Arbeitsproduktivität plus Inflationsrate nicht überschritten wird.

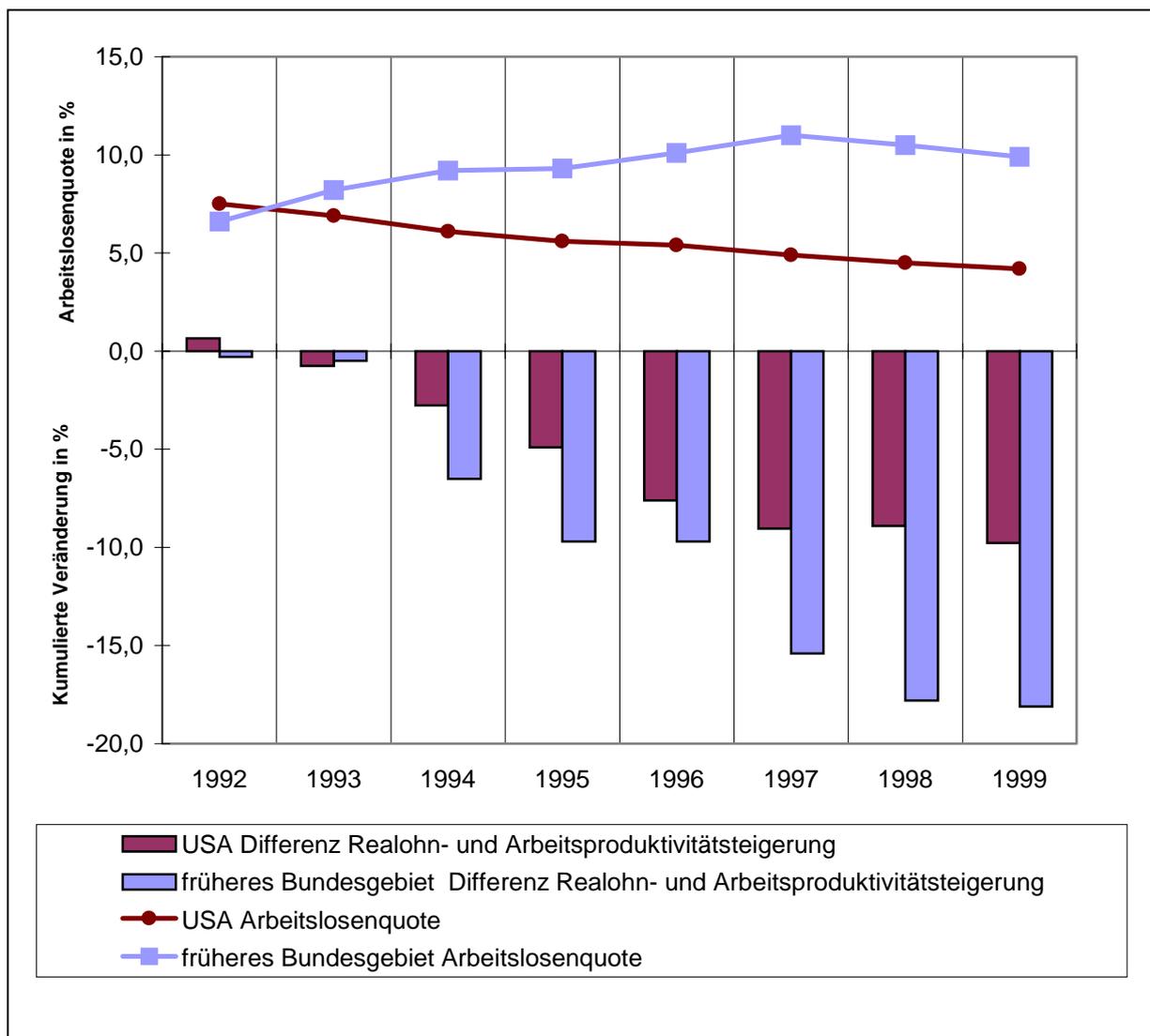
Um die Arbeitslosigkeit zu senken, hat der Internationale Währungsfonds empfohlen, diese Verteilungsspielräume nicht auszuschöpfen. In den USA ist diese Maßregel jedoch nicht befolgt worden, sondern es trat vielmehr das Gegenteil ein. Der verteilungsneutrale Spielraum aus Arbeitsproduktivität und Inflation wurde in den USA weit stärker ausgeschöpft. Die Nachfrage wurde durch eine weitgreifendere Ausschöpfung der Verteilungsspielräume angekurbelt und die Arbeitslosigkeit nahm ab, weil der private Verbrauch als der Wachstumsmotor schließlich auf volle Touren kam.

In der Bundesrepublik blieben demgegenüber die Reallöhne in allen Jahren weit hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück. Sie erfüllten so die vom Internationalen

Währungsfonds vorgegebene Norm für eine vermeintlich erfolgreiche Arbeitsmarktentwicklung. Die Arbeitsmärkte aber reagierten **darauf** nicht positiv. Die Arbeitslosigkeit nahm im Gegensatz zu den USA zu (Flassbeck , 2000)

➤ Siehe Schaubild 11

Schaubild 11: Arbeitslosenquoten und (Nicht-) Ausschöpfung des Verteilungsspielraums 1992-1999, USA - Deutschland (früheres Bundesgebiet)*



Quelle: OECD; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Die us-amerikanische Entwicklung erschüttert ein weiteres Dogma neoliberal geprägter Wirtschaftspolitik, unter den Fachleuten als Phillipskurve bezeichnet: Sinkende Arbeitslosigkeit, so die Auffassung, führe unausweichlich zu steigender Inflation. Inzwischen aber fiel die Arbeitslosigkeit in den USA sukzessive, nur die prognostizierte Inflation blieb aus.

Die starke Zunahme des Konsums der us-amerikanischen Haushalte in den 90er Jahren lässt sich allerdings nicht allein auf eine bessere Ausnutzung der Einkommensverteilungsspielräume zurückführen. Spürbare Lohnzuwächse traten erst im Verlauf der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein und auch nicht in allen Einkommensklassen. Der Nachfrageboom in den USA wurde durch eine weitere Quelle angetrieben, die wenig oder gar nichts mit den Segnungen der „new economy“ zu tun hat. Aufgeschreckt durch die internationalen Finanzkrisen der zurückliegenden Jahre in Südostasien, Russland und Lateinamerika suchte das über den Globus wandernde Finanzkapital einen sicheren Hafen und fand diesen mit Dollaranlagen in den USA. Das Vertrauen der maßgeblichen Finanzanleger war mehr auf die politische und militärische Vormacht der USA in der Welt zurückzuführen, die dem Dollar eine einzigartige Rolle in der Weltwirtschaft verschafft. Diese von außen kommende Nachfrage ließ die Aktienkurse in den USA – sowohl der traditionellen Unternehmen als auch der sogenannten Technologiewerte, bis zum Spätherbst letzten Jahres in die Höhe schnellen. Etwa die Hälfte der amerikanischen Haushalte sind Aktienbesitzer. Selbst ein Aktienpaket von 10.000 US-\$ zu Beginn der neunziger Jahre reichte aus, das Vermögen eines Privathaushalts inflationsbereinigt im Verlauf von zehn Jahren zu verdreifachen. Diesen sicherlich zum Teil fiktiven (Geld-) Vermögenszuwachs vor Augen, haben die amerikanischen Haushalte im Verlauf der drei zurückliegenden Jahre fast nichts gespart, sondern Konsumgüter gekauft und so die Konjunktur beschleunigt.

Fazit: Die us-amerikanische Entwicklung in den 90er Jahren ist geeignet, einige der neoliberalen Dogmen in Frage zu stellen. Dazu gehört die Vorstellung, dass Konjunkturaufschwünge nur mit einer Dämpfung des Lohnniveaus und daraus unvermeidlich resultierenden Investitionsschüben zu bewerkstelligen seien. Der lange USAufschwung ist allerdings mit einer relativ niedrigen Investitionsquote einhergegangen. Zudem sind in den USA sowohl eine höhere Verbrauchsquote als auch höhere Verbrauchsteigerungen als im Euro-Raum bzw. der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen. Die Hauptgründe dafür sind die optimistischen Vermögenserwartungen aus den in den USA wesentlich breiter gestreuten Aktienwerten und auch eine deutliche höhere Ausschöpfung des Verteilungsspielraums zugunsten der abhängig Beschäftigten.

5. Beschäftigungswunder aus der Nähe betrachtet

„In Deutschland hat es den Anschein, dass sich die Neue Ökonomie in der Breite noch nicht durchgesetzt hat. (...)

Die Verheißung ist, dass die Volkswirtschaft dauerhaft auf einen höheren Wachstumspfad und in die Nähe von Vollbeschäftigung gelangen kann (...)

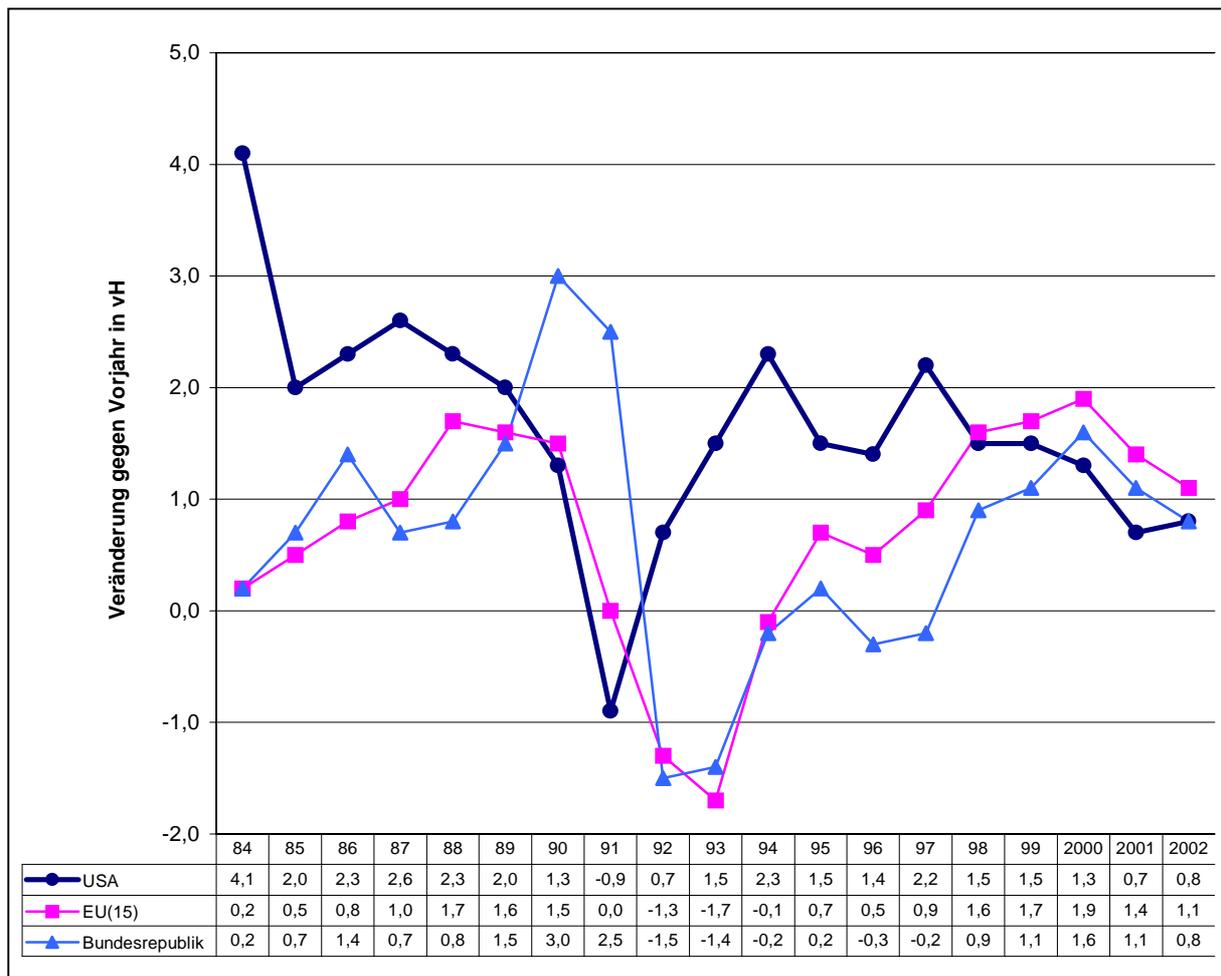
(Sachverständigenrat, Jahresgutachten 200/2001 Ziff. 207, 326)

Als besonders beeindruckend wird die Beschäftigungsbilanz des vergangenen Jahrzehnts für die "New Economy" USA vorgeführt. Nach verschiedenen Quellen hat sich die Zahl der Beschäftigten in den neunziger Jahren kontinuierlich um etwa 20 Millionen Personen erhöht und die Arbeitslosenrate wurde beträchtlich reduziert.

Aus nachfolgender Abbildung wird deutlich, dass tatsächlich zwischen 1992 und 1998 die Ausdehnung der Beschäftigung in den USA mit höheren Raten erfolgte als in Europa. Gegen Ende der 90er Jahre begann das europäische Beschäftigungswachstum allerdings aufzuholen und wird, folgt man den Prognosen, die amerikanischen Zuwachsraten in den kommenden Jahren sogar *überholen*.

➤ Siehe Schaubild 12

Schaubild 12: Jährliches Wachstum der Erwerbstätigen USA - EU(15) - Bundesrepublik Deutschland 1984-2002*



* OECD, Wirtschaftsausblick 2000

Von neoliberalen Theoretikern wird die us-amerikanische Entwicklung vor allem als Erfolg der hohen Flexibilität der Arbeitsmärkte interpretiert, von denen Europa und vor allem die Bundesrepublik noch sehr viel lernen könnten - damit würde, so die Idee, letztendlich auch die Arbeitslosigkeit auf dem alten Kontinent erfolgreich bekämpft. Nun gab es zum Leidwesen dieser Theoretiker gerade in der Bundesrepublik auch Jahrzehnte mit stabiler Beschäftigung, in denen sozialstaatliche Regulierungen selbstverständlich waren.

Wie bereits gezeigt, ist der jüngste Wirtschaftsaufschwung in den USA vor allem makroökonomischen Bedingungen geschuldet. Das jetzt als maßgeblicher Erfolgsfaktor angepriesene „hire-and-fire-Prinzip“ ist für die USA nichts Neues. Es gab auch in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte der USA Konjunkturerinbrüche, in denen die Anwendung dieser Rezepte nicht zum "Erfolg" führten. Das ficht viele neoliberale

Missionaren jedoch nicht an.

Die Zunahme der Beschäftigung in den USA war mit einigen weiteren Besonderheiten verbunden. Dazu gehören:

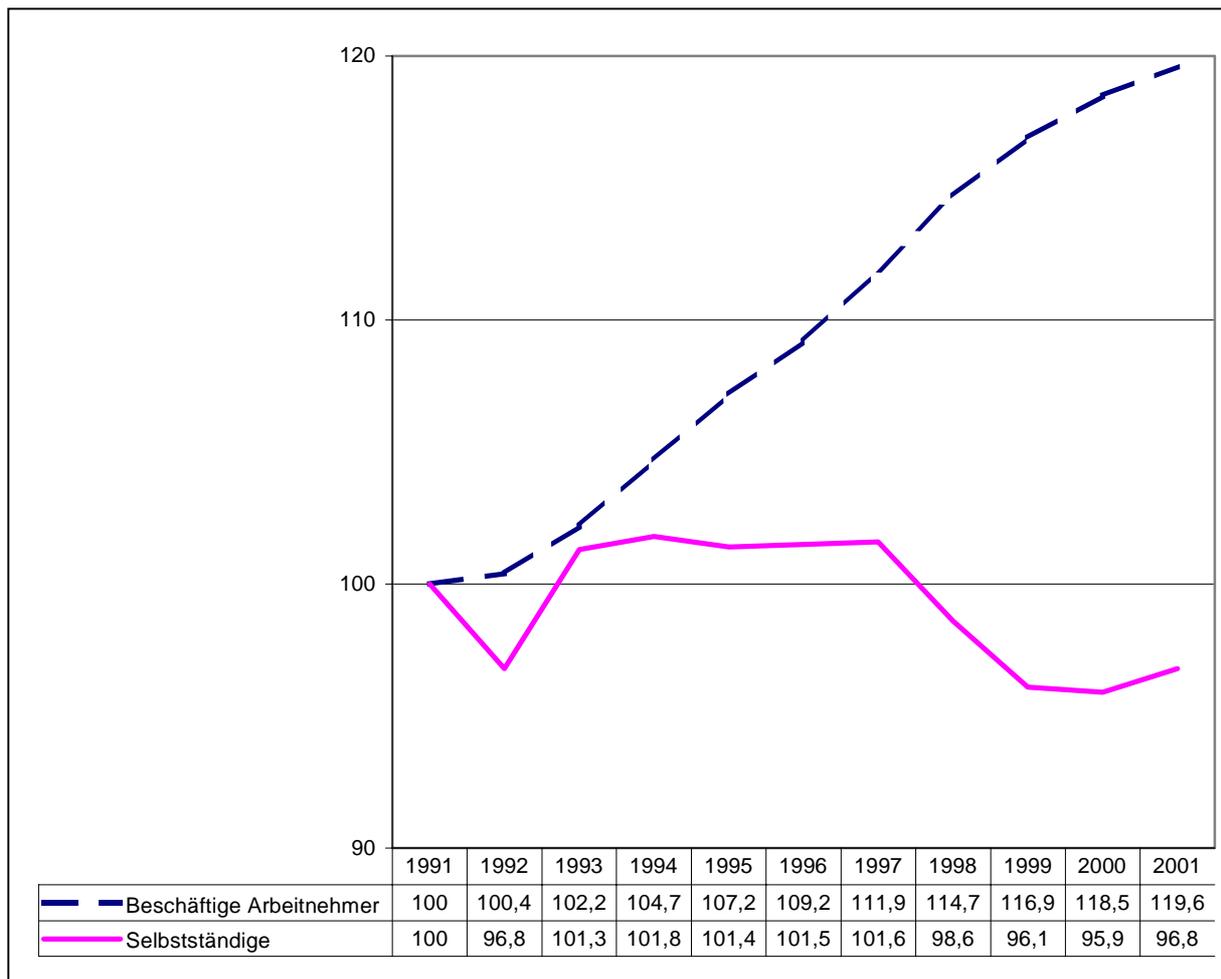
- der hohe Anteil unsicherer Beschäftigungsverhältnissen und der hohe Anteil an Niedriglohnarbeitsplätzen (working poor);
- eine hohe und steigende Frauenerwerbsquote, die die in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland übliche Dimension übertrifft (Frauenerwerbsquote 1997: USA 71 %, EU 58 %, Bundesrepublik 62 %);
- Die Teilzeitbeschäftigung war auch bei Frauen in den USA rückläufig.

Die Verfechter der „new economy“ werden nicht müde zu behaupten, dass mit den neuen Bedingungen des Internets und der Telekommunikation neue, unerschöpfliche Chancen für junge strebsame Personen zur Gründung eines eigenen Unternehmens bestehen. Was besonders in Europa fehle und was die amerikanische Gesellschaft auszeichne, sei der Mut zur "wirtschaftlichen Selbstständigkeit". Mit Innovationen dringe der flexible amerikanische Jungunternehmer in den Markt ein und breche verkrustete Strukturen der Großunternehmerschaft auf, so das liberale Credo.

Diese These ist jedoch nicht haltbar. Nach verschiedensten Quellen ist die Zahl der abhängig Beschäftigten in den USA in den neunziger Jahren deutlich schneller gestiegen als die Zahl der insgesamt Erwerbstätigen. Ergo ist die Quote der Selbständigen zurückgegangen. Bildet man die Differenz zwischen den beiden Größen Erwerbstätige und abhängig Beschäftigte, gab es sogar einen absoluten Rückgang an Selbständigen.

➤ Siehe Schaubild 13

Schaubild 13: Entwicklung der Zahl der abhängig Beschäftigten und der Selbstständigen in den USA*



* Anzahl Selbstständige berechnet aus der Differenz zwischen Anzahl Erwerbstätige insgesamt und beschäftigte Arbeitnehmer; Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Statistisches Jahrbuch, eigene Berechnungen

Wahr ist, dass wenigen Jungunternehmen mit schnellem Erfolg in der Internetbranche ein Heer gescheiterter Existenzen gegenübersteht. Flexibilität und Mobilität bedeuten für das Gros der Beschäftigten in jungen Unternehmen auch schnelle Ersetzbarkeit, enormen Arbeitsdruck und permanente Kontrolle. Viele Netzarbeiter sind als Scheinselbstständige oder Zeitarbeiter mit kurzfristigen Verträgen tätig. Die meist sehr jungen Beschäftigten in den weitgehend gewerkschaftsfreien Internetfirmen erhalten oft nur eine niedrige Barentlohnung. Mangels anderer Finanzquellen werden immer höhere Gehaltsanteile in Aktienoptionen ausgezahlt – und so dem Börsenroulette überantwortet: Boomt das Unternehmen, dann steigen die Ansprüche auf dem Papier, purzeln die Kurse, haben die dort Beschäftigten für wenig mehr als nichts gearbeitet.

Eines dieser Vorzeige-Unternehmen der Internetökonomie, der amerikanische Online-Buchhändler Amazon, ist selbst fünf Jahre nach der Gründung noch in den roten Zahlen. Analysten prophezeien Gewinne erst in ein bis zwei Jahren. Dass das Arbeitsklima hier nicht von Jubel geprägt ist, bewiesen die Beschäftigten kurz vor dem Weihnachtsgeschäft 2000. Sie beklagten sich über niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten und forderten schließlich eine Betriebsgewerkschaftsleitung. (Die Zeit, Nr. 52/2000)

Der sozialökonomische Aufholbedarf der USA wurde in einem Bericht der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen anschaulich in einem Armutsindex geschildert, in dem alle OECD-Länder aufgeführt werden. Bei allen Indikatoren, die Armut und soziale Ungleichheit charakterisieren, nehmen die USA den letzten Platz ein.

➤ Siehe Tabelle 2

Tabelle 2: Komponenten des Armutsindex ausgewählter Industrieländer

Länder nach ihrer Rangfolge	Armut: Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen das weniger als 50 vH des Normaleinkommens beträgt	Verteilungsungleichheit: das Fünftel der reichsten Bevölkerungsgruppe erhält im Durchschnitt das ...-fache des Durchschnitts des ärmsten Fünftels	Analphabetismus: Anteil der 16-65-jährigen, deren Lese- und Schreibfähigkeiten funktional nicht ausreichend sind
	vH	vH	vH
1. Norwegen	5,8	3,7	8,5
2. Schweden	8,8	3,6	7,5
3. Niederlande	6,2	5,5	10,5
.			
.			
6. Deutschland	5,9	4,7	14,4
.			
.			
16. Großbritannien	10,6	6,5	21,8
17. Irland	9,4	6,4	22,6
18. USA	17,3	8,9	20,7

* Als Normaleinkommen wird der Zentralwert (Median) der Einkommen herangezogen, das ist dasjenige Einkommen das von der Hälfte aller Einkommensbezieher überschritten und von der anderen Hälfte unterschritten wird. Quelle: Bericht über die menschliche Entwicklung 2000, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn 2000, S. 209

Fazit: Eine Übertragung der US-amerikanischen Beschäftigungsverhältnisse auf unser Land ist weder wünschenswert noch realistisch
Das amerikanische Beschäftigungswachstum der neunziger Jahre ist ein Produkt hoher Verbrauchssteigerungen, während diese Nachfrage in Deutschland stagnierte. Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA mit der „new economy“ zu erklären, ist nicht schlüssig. Die Entwicklung Ende letzten Jahres beweisen überdeutlich, dass der Optimismus der Börsen und der Finanzanleger schnell verfliegen kann. Überraschungen sind nicht ausgeschlossen. Das Wundermittel „new economy“ wird in die Geschichte eingehen, als das was es von Anfang an war: eine nicht einlösbare Hoffnung. Auch in den Vereinigten Staaten wachsen die Bäume der Konjunktur nicht in den Himmel.

6. **T**arifrunde 2001: Deutliche Steigerung der Realeinkommen nötiger denn je

„Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre hat zu wenig Ergebnisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Form von mehr Beschäftigung, Abbau der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Kaufkraft gebracht. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist in den beteiligten Ländern - wie in Europa insgesamt - einseitig der Kapitaleseite zugute gekommen, der Anteil der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen (Lohnquote) ist herabgesunken.

Eine Fortsetzung dieser Tendenz der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung ist gesellschaftlich und ökonomisch nicht zu verantworten.

Die teilnehmenden Gewerkschaftsorganisationen setzen sich für eine Trendveränderung zu Gunsten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ein, für ihre volle Beteiligung am wirtschaftlichen Wachstum in Form von mehr Arbeitsplätzen und Kaufkraftverbesserung:

- a) die beteiligten Gewerkschaften streben ein tarifliches Abschlussvolumen an, das der Summe aus Preisentwicklung und Steigerung der Arbeitsproduktivität entspricht.
- b) die teilnehmenden Gewerkschaften streben sowohl eine Stärkung der Massenkaukraft als auch beschäftigungswirksame Maßnahmen (z.B. Arbeitszeitverkürzung) an..."

Erklärung von Doorn, 3. Sept. 1998, verabschiedet von führenden Tarifpolitikern der Gewerkschaftsbünde Belgiens (ACV-CSV, ABVV-FGTB), Deutschlands (DGB, DAG), Luxemburgs (CGT-L, LCGB) und der Niederlande (CNV, FNV, MHP)

Es ist kurios. Angesichts des zurückgehenden Wirtschaftswachstums und des nur schleppend vorankommenden Abbaus der Massenarbeitslosigkeit, ist im Frühjahr 2001 erneut heftiger Streit über die Richtung der Lohnpolitik in Deutschland ausgebrochen – und dies obwohl in den großen traditionellen tarifpolitischen Leitbranchen Metallindustrie, Chemieindustrie und Öffentlichem Dienst im Vorjahr langfristig

wirkende moderate Tarifergebnisse vereinbart worden sind. Für diese Bereiche existieren für 2001 demnach bereits niedrige Entgeltabschlüsse.

Parallel dazu hat nun auch der Parteivorsitzende der SPD und Bundeskanzler im Verhalten der Arbeitslosen selbst einen wesentlichen Grund für den zu geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit identifiziert. Deren angebliche chronische Unlust zur Arbeitsaufnahme der Ihnen offerierten Jobs zu den Ihnen angebotenen Bedingungen, konterkariere die nachhaltige Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

Jenseits der realen Verhältnisse am Arbeitsmarkt wird damit den politischen Kräften in CDU und FDP und der Arbeitgeberseite eine ideologische Steilvorlage geliefert, die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf niedrigem Niveau verschmelzen wollen, die einen noch größeren Niedriglohnsektor etablieren wollen und soziale und tarifliche Schutzrechte als Beschäftigungshemmnisse denunzieren.

Die neuerliche lohnpolitische Debatte ist eher eine vorsorgliche Auseinandersetzung, die Weichen für 2002 stellen soll und zum Ziel hat, die Gewerkschaften frühzeitig in die argumentative Defensive zu drängen.

Da in den Gewerkschaften immer offenkundiger wird, dass die Lohnzurückhaltung nicht zu mehr Beschäftigungswachstum geführt hat und führen wird (vgl. dazu Kapitel 3) und die Nichtausschöpfung des Verteilungsspielraums durch gewerkschaftliche Lohnpolitik die Bereitschaft zu Verabredung von konkreten und abrechenbaren Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Beschäftigungsentwicklung auf Seiten der Arbeitgeberverbände und der Regierung im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit nicht gefördert hat, haben große Teile der Gewerkschaften eine kritische Überprüfung des Bündnisses für Arbeit für Herbst und Winter 2001 angekündigt. (So im verabschiedeten Antrag ÖTV Verschmelzungsgewerkschaftstag im März 2001, aber auch in der Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zum Bündnis für Arbeit v. 3.März 2001, kritischer im Initiativantrag zum Bündnis für Arbeit zum ver.di Gründungskongress)

Bundeskanzler Schröder fordert für 2002 die Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik zur Stärkung des Wirtschaftswachstums und drängt darauf, die Lohnpolitik erneut zum Gegenstand von Verabredungen im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit zu machen. Damit ist er sich des Beifalls der Arbeitgeberverbände und des neo-liberalen mainstreams der Wirtschaftsforschungsinstitute sicher. Der neue Präsident des Industrie- und Handelstages (DIHT) Braun fordert gar für 2002 eine Nullrunde.

Beides haben die Gewerkschaften vehement zurückgewiesen. Sie haben vielmehr ihrerseits mit einer harten lohnpolitischen Auseinandersetzung für 2002 gedroht.

Der DGB-Bundesvorstand hat in seiner Erklärung zum Bündnis für Arbeit vom 3. April 2001 erklärt: „Für die Gewerkschaften ist es unannehmbar, die Lohnpolitik zum Gegenstand von Verabredungen im Bündnis zu machen. Sie werden es nicht hinnehmen, dass das Bündnis benutzt wird, die Gewerkschaften auf einkommenspolitische Ziele festzulegen.“

So weit – so gut. Lässt man die Debatte um den Stellenwert der Lohnpolitik im Bündnis für Arbeit seit 1999 nochmals kritisch Revue passieren, hat man ein echtes Déjà-vue-Erlebnis. Vor der Bündniserklärung vom 9. Januar 2000, die gestützt auf die gemeinsame Erklärung von BDA und DGB vom 6.7.1999 für die damals anstehende Tarifrunde 2000 eine beschäftigungsorientierte und längerfristige Tarifpolitik verabredete, wurde ebenfalls vehement gegen lohnpolitische Festlegungen Front gemacht.

An der realen tarifpolitischen Entwicklung 2000 und 2001 lässt sich gut studieren, wohin Tarifpolitik, die sich auf Bruchteile der Produktivitätsentwicklung beschränken lässt, führt. Daher besteht begründete Hoffnung, dass im Jahr 2001 und 2002 durch den Druck der Entwicklung und der empirischen Offensichtlichkeit, dass Lohnzurückhaltung keine Arbeitsplätze schafft, eine Rückbesinnung auf eine Tarifpolitik erfolgt, die zumindest den kostenneutralen Verteilungsspielraum wieder annähernd ausschöpft.

Die Lohnzurückhaltung der Jahre 2000 und 2001 hat jedoch nicht nur für die Verteilungsposition der ArbeitnehmerInnen und für die Binnennachfrage in Deutschland fatale Folgen. Eine derartige Tarifpolitik unterläuft damit auch die mit der Doerner Initiative der Gewerkschaften formulierte Tarifkoordinationslinie auf europäischer Ebene und inszeniert einen Lohnsenkungswettbewerb in Europa mit negativen Folgen für die Beschäftigung im gesamten Binnenmarkt.

„Ein großes Land wie Deutschland kann auch nicht auf Exportexpansion durch Lohnsenkung setzen, da die anderen Staaten gezwungen wären, sich beim Lohnniveau anzupassen.“

Jürgen Kromphardt, Prof. für Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin und Mitglied des Sachverständigenrates, formuliert damit eine der wenigen Positionen gegen den neo-liberalen mainstream der offiziellen Politikberatung. Handelsblatt v. 3.04.2001, S. 10.

Durch die Tarifabschlüsse im Jahr 2000, die niedrige Tarifabschlüsse mit Laufzeiten zwischen 21 und 24 Monaten, im Öffentlichen Dienst sogar mit 31 Monaten kombinieren, werden sich die Tarifaueinandersetzungen im Jahr 2001 im Wesentlichen auf die ver.di-Bereiche Banken, Versicherungen, Einzelhandel und wenige Tarifbezirke im Großhandel beschränken. Dem Verlauf der Tarifrunde kommt jedoch auf dem Hintergrund der aktuellen Debatte und der Neugründung der ver.di eine Signalwirkung sowohl für die Tarifrunde 2002 als auch für die Neuakzentuierung der Position der Gewerkschaften zum Bündnis für Arbeit zu.

Es besteht die Chance, dass die Aufbruchstimmung in der neu entstandenen Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft genutzt wird und mit der organisatorischen Stärke und der finanziellen Kraft der Gesamtorganisation im Rücken die tarifpolitischen Weichen in eine andere Richtung gestellt werden können.

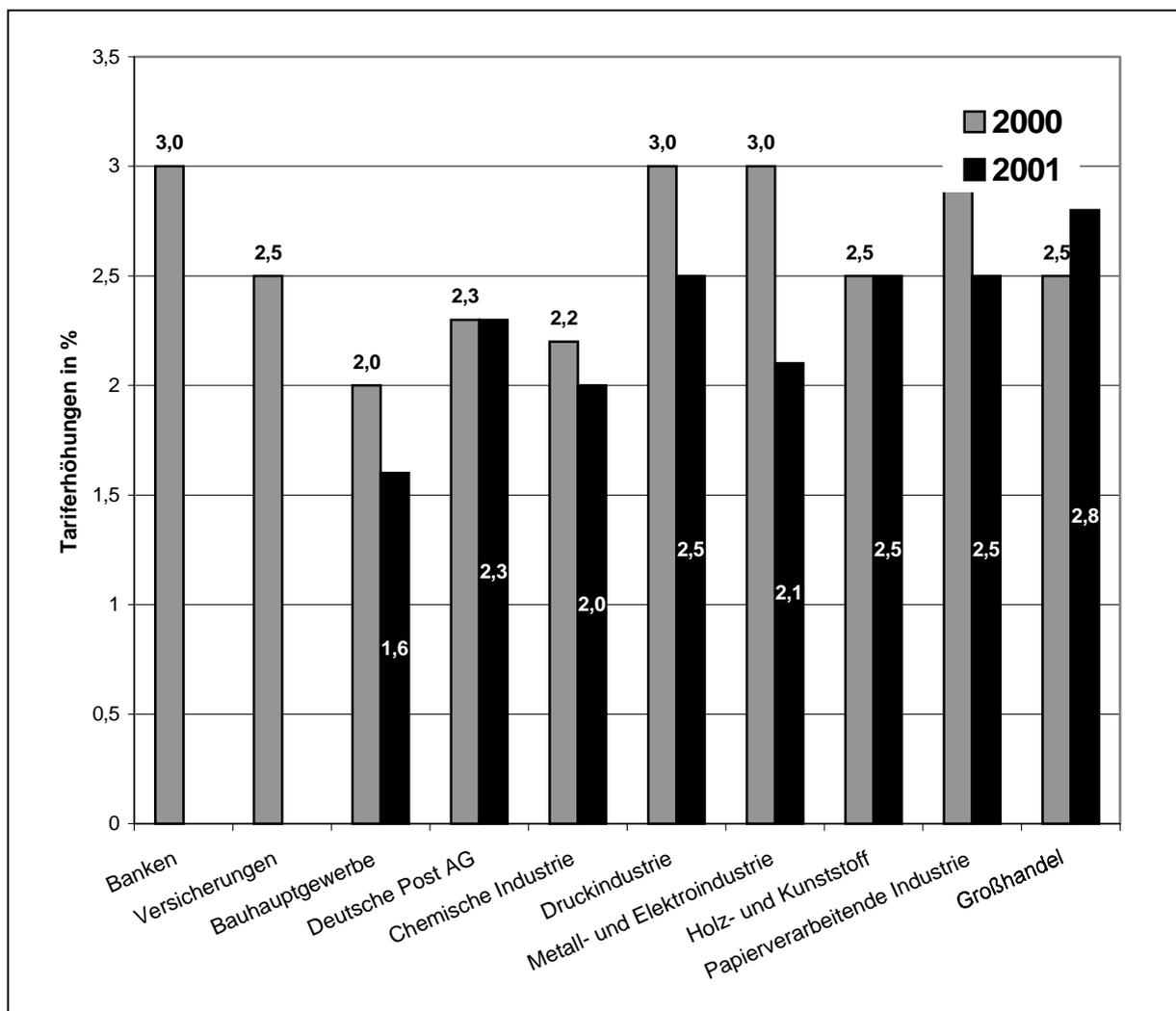
Ziel muss es daher sein, den tarifpolitischen Verteilungsspielraum aus Produktivitätsentwicklung und Preissteigerungsrate in einem deutlich höheren Grad auszuschöpfen als dies durch die vorliegenden moderaten Tarifabschlüsse für 2001 gelungen ist. Bei einer Preissteigerungsrate von 2,1 % und einer neuerlich prognostizierten gesamtgesellschaftlichen Produktivitätsentwicklung von rund 2 % gibt es genügend Spielraum für eine entsprechend deutliche Reallohnsteigerung.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weisen auch nach den nach unten korrigierten Konjunkturdaten immer noch ein wirtschaftliches Wachstum von über 2 % aus. Die Branchenentwicklung im Banken- und Versicherungsbereich ist von einer überdurchschnittlichen Produktivitätsentwicklung und von glänzenden Gewinnen gekennzeichnet. Im Einzelhandel ist die lange Durststrecke von sinkenden und stagnierenden Umsätzen zu Ende. Bereits 2000 waren reale Umsatzzuwächse zu verzeichnen. Für 2001 wird ein reales Wachstum von 2,2 bis 2,5 % erwartet. Auch die wirtschaftlichen Rahmendaten in den Branchen stehen damit, kräftigen Entgeltsteigerungen keineswegs entgegen. Nach Jahren relativ niedriger Entgeltabschlüsse geht es zudem darum, die Beschäftigten an der wirtschaftlichen Entwicklung und an der von ihnen erarbeiteten „Wertschöpfung“ stärker zu beteiligen.

Bestandteil des ökonomischen und politischen Ausgangsszenarios ist allerdings auch, dass die „zweijährigen“ Tarifabschlüsse des letzten Jahres auch bereits für 2001 Orientierungsmarken für die gesamte tarifpolitische Landschaft gesetzt haben.

Die Bandbreite der Tarifabschlüsse (prozentuale Steigerungen bezogen auf das Ausgangsniveau) lag 2000 zwischen 2 und 3 %. Für 2001 liegt die Bandbreite zwischen 1,6 und 2,8 %. Wichtige und große Tarifbereiche liegen jedoch nur bei Steigerungen um die 2 %.

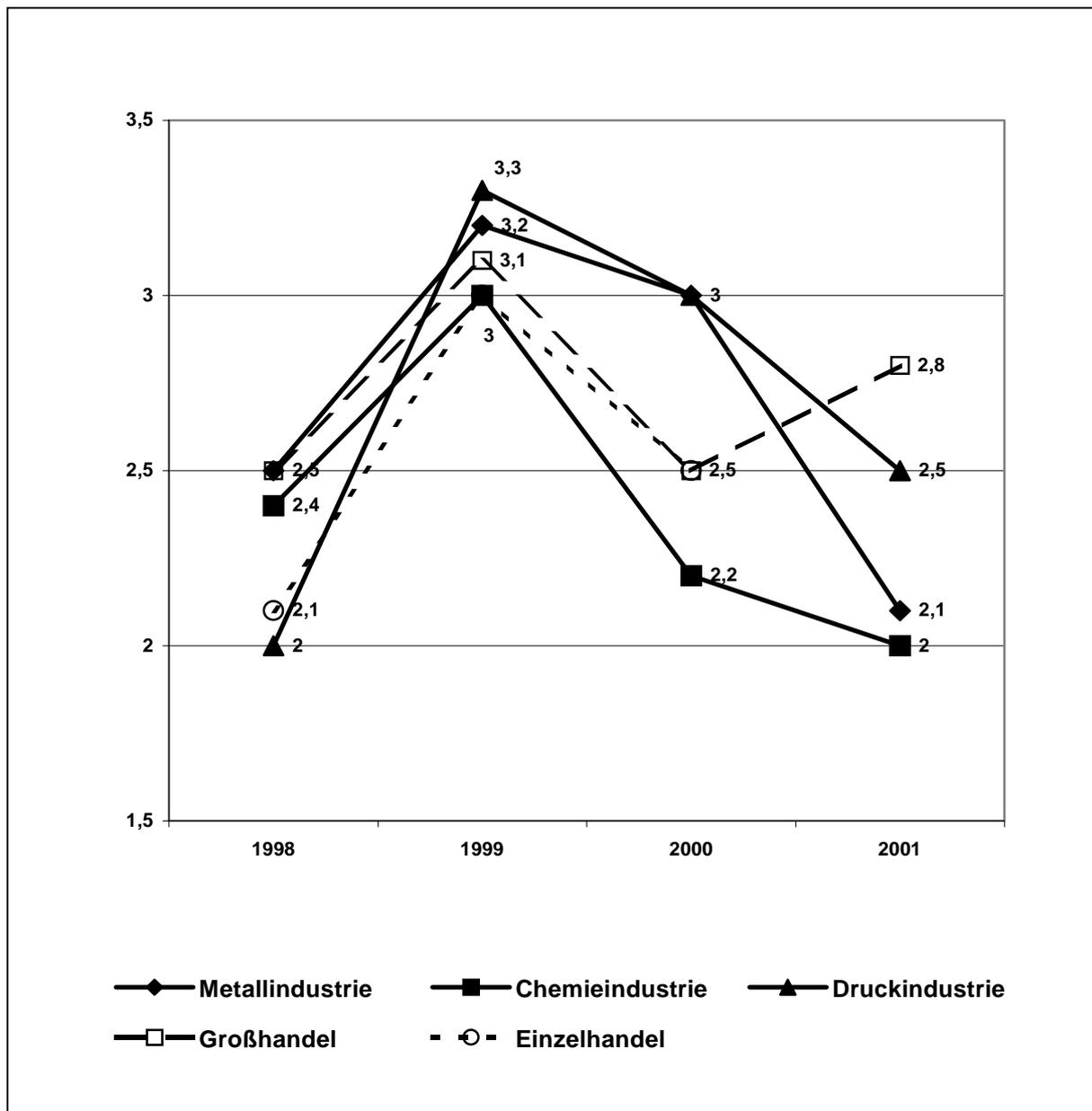
Schaubild 14: Tarifabschlüsse ausgewählter Branchen 2000 und 2001



In diesen prozentualen Steigerungsraten sind zusätzlich vereinbarte Elemente, wie z.B. Regelungen zur Altersvorsorge, zur Altersteilzeit und zum Ausgleich von evtl. Rentenabschlägen bei Altersteilzeitbeschäftigten nicht berücksichtigt. Die Einbeziehung dieser Komponenten würde jedoch an dem grundsätzlichen Trend, der hier beschrieben wird, nichts Wesentliches ändern.

Die fatale tarifpolitische Entwicklung wird noch etwas deutlicher, wenn man die Tarifabschlüsse ausgewählter Branchen seit 1998 betrachtet. Nach der Steigerung der Tarifabschlüsse 1999 auf Marken leicht über 3 %, weist die Entwicklung für 2000 wieder nach unten. Diese Negativentwicklung verstärkt sich dann deutlich 2001. Die Steigerungsraten in der Metall- und Elektroindustrie und der chemischen Industrie schmälern sich auf Werte um die 2 %, die Erhöhung in der Druckindustrie beläuft sich wenigstens noch auf 2,5 %. Allein im Groß- und Außenhandel ist ein umgekehrter Trend zu verzeichnen. Nach einer prozentualen Erhöhung von 2,5 % 2000, steigen die Tarifentgelte 2001 um 2,8 %.

**Schaubild 15: Tarifabschlüsse ausgewählter Branchen
1998 bis 2001**



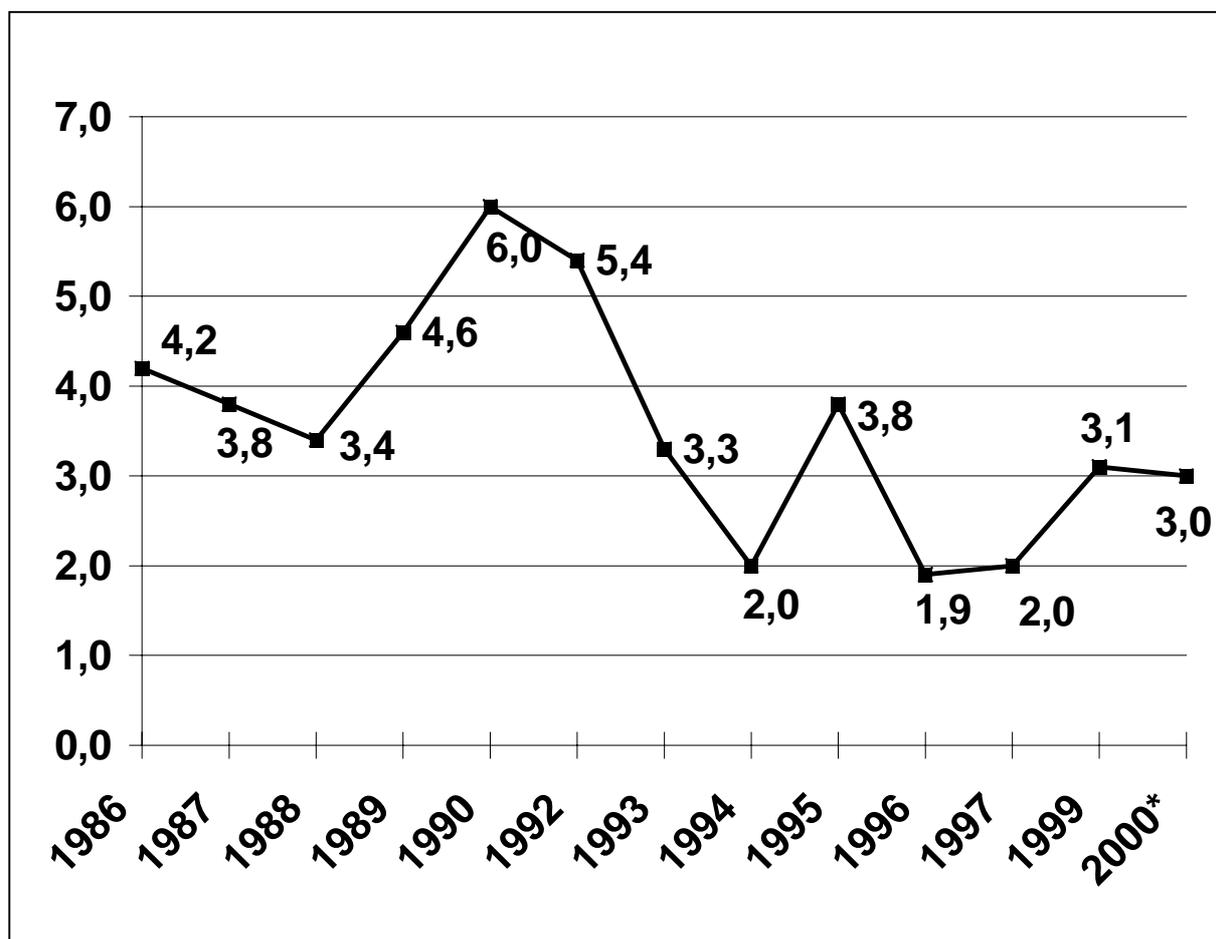
Der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst fällt aufgrund der langen Laufzeit aus der Gesamtsystematik und wurde daher nicht in die Darstellung einbezogen. Die hier ab 1.9.2001 wirksame Stufenerhöhung beträgt 2,4 % und hat eine Laufzeit bis zum 31.10.2002.

Im Einzelhandel und in wenigen Tarifbereichen des Großhandels haben sich die Gewerkschaften nicht auf eine langfristige Tarifpolitik verpflichten lassen und haben Tarifabschlüsse realisiert (2,5 % im Einzelhandel), die sich im Mittelfeld der Tarifab-

schlüsse verorten. Im Banken- und Versicherungsbereich ist es aufgrund der Besonderheiten der vorausgegangenen Tarifrunden nicht zu Abschlüssen gekommen, die ins Jahr 2001 hineinreichen.

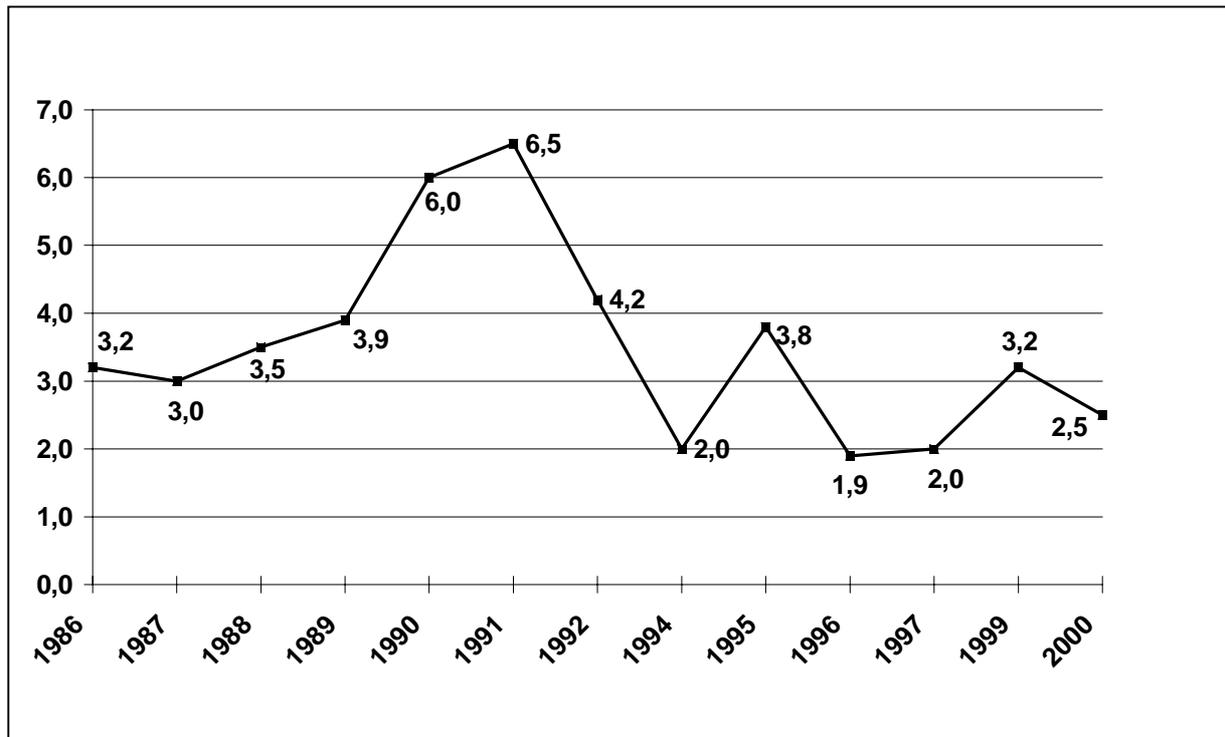
Der langfristige Verlauf der prozentualen Tarifsteigerungen in den Hauptbranchen des Organisationsbereiches von HBV (und DAG) geht aus folgenden Schaubildern hervor:

**Schaubild 16: Tarifierhöhungen in % gegenüber Vorjahr - Banken
1986 bis 2000***



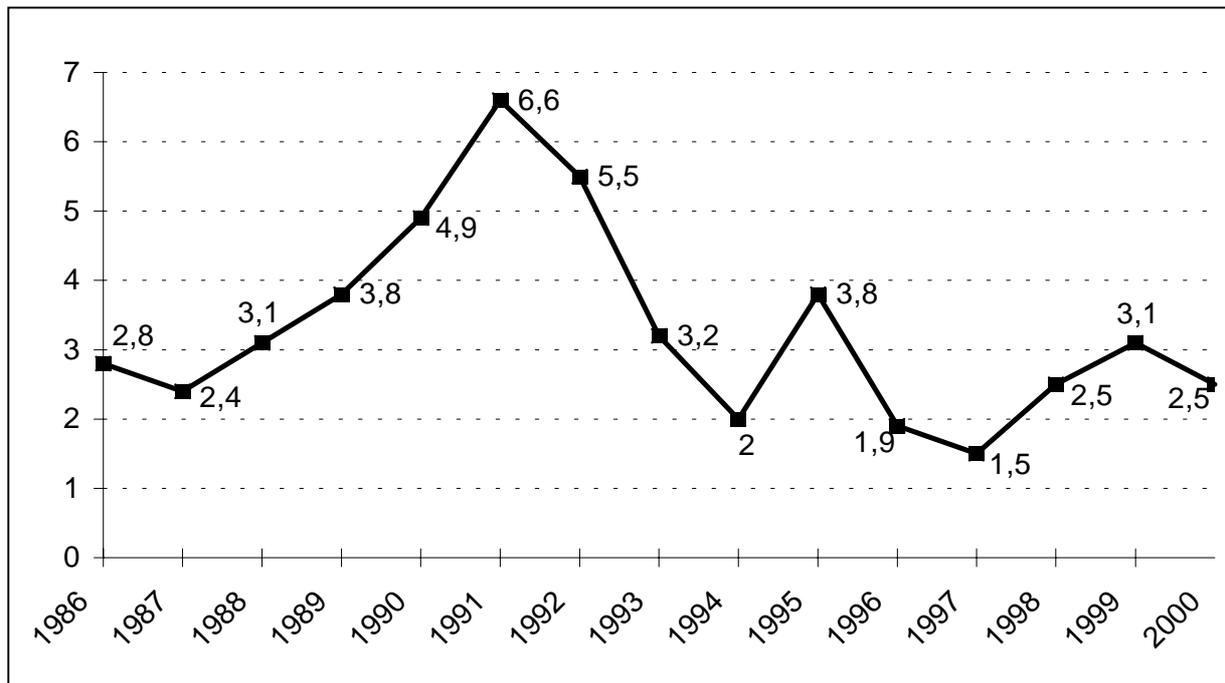
Erhöhungen in 2 Stufen: zum 1.4. und 1.8.2000 (auf Ausgangsbasis März 2000), Bis zur Tarifangleichung sind der Vergleichbarkeit halber West-Daten verwandt worden.

**Schaubild 17: Tarifierhöhungen in % gegenüber Vorjahr -
Versicherungen 1986 bis 2000***



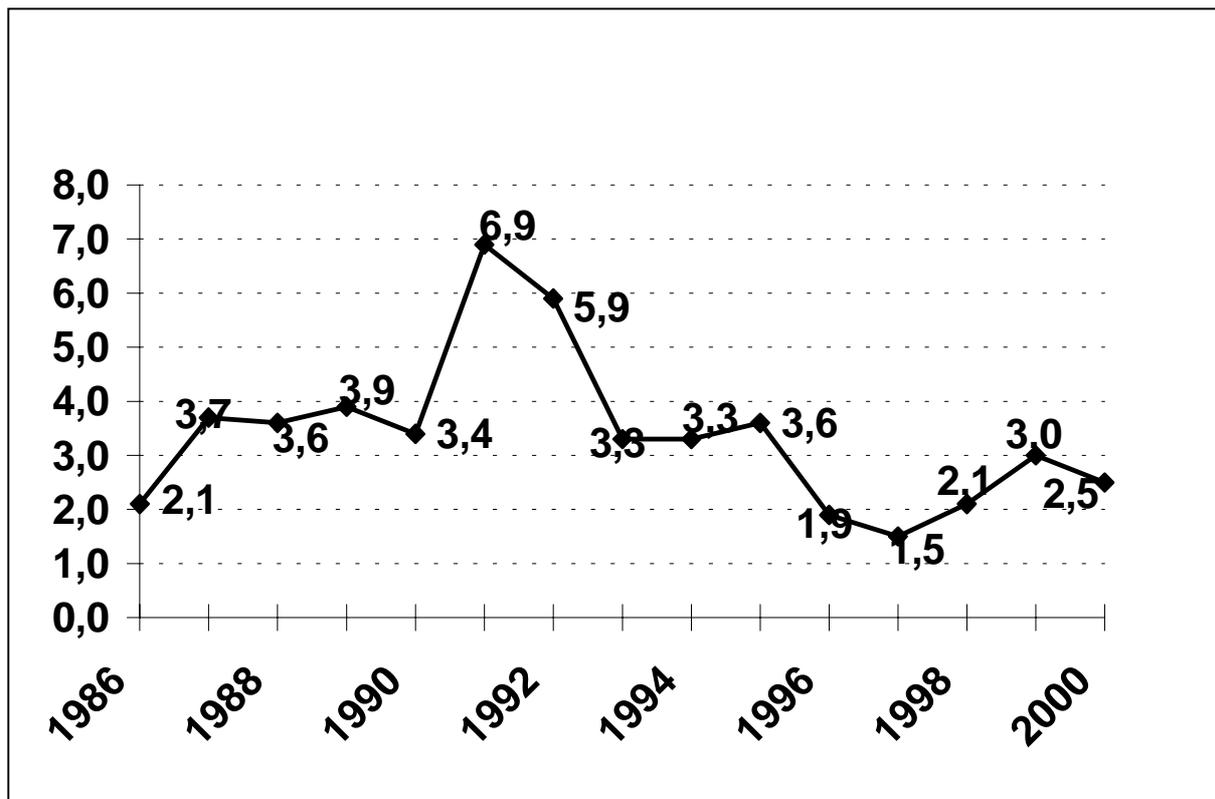
Bis zur Tarifangleichung sind der Vergleichbarkeit halber West-Daten verwendet worden.

**Schaubild 18: Tarifierhöhungen in % gegenüber Vorjahr-
Großhandel (West) 1986 bis 2000**



Wegen der Vergleichbarkeit sind nur die Westdaten verwandt worden; durch die stufenweisen Gehaltsanpassungen Ost würde sich ansonsten ein verzerrtes Bild ergeben

Schaubild 19: Tarifierhöhungen in % gegenüber Vorjahr- Einzelhandel (West) 1986 bis 2000



Wegen der Vergleichbarkeit sind nur Westdaten verwandt worden; durch die stufenweise Gehaltsanpassung Ost an West würde sich ansonsten ein verzerrtes Bild ergeben.

Was folgt daraus für die Anlage der Tarifrunde 2001 für ver.di

1. Es besteht die Chance, durch die parallelen Laufzeiten in den Bereichen Banken, Versicherungen und Einzelhandel und einigen Tarifbezirken des Großhandels eine gemeinsame Tarifbewegung zu entwickeln, in der politische und organisatorische Synergieeffekte positiv genutzt werden können. (Fortfall der alten Tarifkonkurrenz zwischen HBV und DAG)
2. In einer aktiven und auseinandersetzungsbetonten Tarifbewegung kann ver.di in der lohnpolitischen Debatte Zeichen setzen und nach dem Anfangserfolg bei der Lufthansa beweisen, dass sich die neue vereinte Dienstleistungsgewerkschaft nicht auf Abschlussgrößen von knapp 2 % reduzieren lässt. Dabei geht es nicht um die Erzielung uniformer Abschlüsse sondern darum, gemeinsam zu agieren und in branchenübergreifenden Aktionen gemeinsam aufzutreten.

3. Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft muss zeigen, dass sie das hohe Gut der tarifpolitischen Eigenständigkeit der Fachbereiche und der zuständigen Tarifkommissionen, das zur Entwicklung einer aktiven und interessenorientierten Tarifpolitik notwendig ist, zu verbinden weiß, mit einer koordinierten Durchsetzung gemeinsamer tarifpolitischer Ziele zur Erhöhung gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft.
4. Die Tarifkommissionen in den Branchen haben auf der Grundlage ihrer Einschätzung der ökonomischen und tarifpolitischen Situation in ihren Bereichen und der Diskussion ihrer Ziele, Forderungen formuliert, die als einen wesentlichen Schwerpunkt die Erhöhung der Entgelte um 5,5 % vorsehen. Damit haben sie auch deutlich gemacht, dass sie keinen Grund zur Lohnmäßigung sehen. Auch die Orientierung auf eine Laufzeit von 12 Monaten signalisiert, dass sie einer neuerlichen Einbindung gewerkschaftlicher Lohnpolitik in eine längerfristig moderate Entwicklung eine Absage erteilen wollen.
5. Eine deutliche Erhöhung der Reallöhne ist nicht nur zur Sicherung des Lebensstandards der Beschäftigten notwendig sondern auch gesamtwirtschaftlich zur Stützung der lahmen Binnennachfrage volkswirtschaftlich vernünftig. Dafür gilt es zu streiten –allen neo-liberalen Märchen, dass durch Lohnzurückhaltung Arbeitsplätze entstehen , zum Trotz.

Ausgewählte Quellen

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (2000), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000, in: DIW-Wochenbericht 43, S. 689ff.

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (2001), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2001, Berlin

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2000), Memorandum 2000, Den Aufschwung nutzen - Politik für mehr Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und ökologischen Umbau, Köln 2000

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Dezember 1999), Sondermemorandum: Vermögensbesteuerung für mehr Gerechtigkeit und mehr Beschäftigung, in: Memo-Forum, Zirkular der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen

Bispinck, R., u. Tarifarchiv des WSI, (2001), Tarifpolitischer Jahresbericht 2000, Moderate Lohnabschlüsse und Beschäftigungsbrücke, Hrsg: WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

2000, Moderate Lohnabschlüsse und Beschäftigungsbrücke, Hrsg. WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

Deutsche Bundesbank (Hg.), Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, verschiedene Ausgaben und Jahrgänge

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (1999), Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrendite und Lohnstückkosten in Deutschland. Kapitalrendite und Lohnquote wie zu Vollbeschäftigungszeiten, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, H. 5

- Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand (Hg.) (2000), Zum Jahresgutachten 2000/2001 des Sachverständigenrates (SVR), Bremser? SVR: Die Inflexibilität des deutschen Arbeitsmarktes, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, H. 8 - 20.12.00
- Flassbeck, H., Spieker, F., (2000) Löhne und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich, Hrsg.: DGB Bundesvorstand, Berlin
- Flassbeck, H., Spieker, F. (2000), Das Geheimnis der Vollbeschäftigung, in: Handelsblatt vom 4.10.2000
- Hank, R., (2000), Amerika ist das Modell, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7/8, S. 451
- Hickel, R., Standortwahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg
- Klauss, M., (1998), Politik für mehr Reichtum. Daten und Anmerkungen zur Entwicklung von Reichtum und Armut in Deutschland, 4. aktualisierte Auflage, Freiburg
- Münster, R., Wiedemuth, J., (1998), Für die Stärkung der Massenkaufkraft und eine gerechtere Einkommensverteilung, Düsseldorf (Broschüre der HBV)
- Münster, R., Wiedemuth, J., (1999), Gegen Lohnbescheidenheit und für gesamtwirtschaftliche Vernunft, Düsseldorf (Broschüre der HBV)
- Münster, R., Wiedemuth, J., (2000), Für mehr Beschäftigung durch aktive Verteilungspolitik - Argumente gegen die "neue Bescheidenheit" in der Tarifpolitik (Broschüre der HBV)
- Reuter, N., (2000), Ökonomik der langen Frist. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (1999), Jahresgutachten 1999/2000, Bundestagsdrucksache 14/2223 vom 26.11.1999
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (2000), Jahresgutachten 2000/01, Bundestagsdrucksache 14/4792 vom 29.11.2000
- Schäfer, C. (1998), Das Ende der Bescheidenheit wäre der Anfang der Vernunft, in: WSI-Mitteilungen, H. 10, S. 675 ff.

Schäfer, C. (1999), Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe – Zur Verteilungsentwicklung 1998 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, H. 11, S. 733 ff.

Schäfer, C. (2000), Privater Reichtum um den Preis öffentlicher Armut? Die Verteilungsentwicklung in 1999 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, H. 11, S. 744ff.

Wendl, M., (2001), Das Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit und die Gründung von ver.di, in: Sozialismus, Heft 4, S. 45ff.

Zinn, K.G., (1998), Wie Reichtum Armut schafft, Köln 1998

PIW

Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH

Das **PIW** ist seit 1984 als interdisziplinäres Forschungs- und Beratungsinstitut in Westdeutschland tätig. Dort arbeiten ÖkonomInnen sowie Sozial- und KommunalwissenschaftlerInnen zusammen.

1990 wurden in den neuen Bundesländern die Zweigstellen Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) sowie Teltow (Brandenburg) gegründet.

Forschungsschwerpunkte

Die Forschungstätigkeit sowie die Erstellung praxisbezogener wissenschaftlicher Gutachten umfasst die folgenden Untersuchungsschwerpunkte:

- **Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen**
- **Regional- und Kommunalpolitik**
- **Arbeitsmarktpolitik**
- **Umweltökonomie und Umweltpolitik**
- **Betriebswirtschaftliche Fragen**

Dabei übernimmt und erstellt das PIW u.a.:

- wirtschafts-, umwelt-, struktur-, technologie-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Analysen im Auftrag von Landes- und Bundesbehörden sowie Verbänden
- die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Beratung kommunaler Ämter und Betriebe
- die Erarbeitung kommunaler Entwicklungsstrategien
- das Controlling und die Begleitforschung von EG-Förderprogrammen

Referat Mitbestimmung und Fortbildung

Das PIW bietet in Kooperation mit anderen Trägern Fortbildungsmaßnahmen zu aktuellen Themen an:

- Arbeits- und Tarifrecht
- Einführung neuer Technologien
- Wirtschaftliche Angelegenheiten
- Betriebsbezogene Qualifizierung von Wirtschaftsausschussmitgliedern
- Interessenausgleich und Sozialplan
- Betriebliche Arbeitszeitsysteme
- Betriebliche Entlohnungssysteme

Das PIW erarbeitet Analysen zu Jahresabschlüssen und überprüft Wirtschaftlichkeits- und Kostenrechnungen.

Das PIW erstellt Gutachten zu Betriebsänderungen bei Organisations- und Rationalisierungsmaßnahmen und berät bei der Ausgestaltung von Interessenausgleich und Sozialplänen. Das PIW erarbeitet bei drohendem Beschäftigungsabbau Auffangkonzepte und hilft bei Bedarf beim Aufbau von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften sowie bei Ausgründungsvorhaben.

Albersstr. 12 B, 28209 Bremen
Tel. 0421/491449; Fax. 0421/4914488
Internet: <http://www.piw.de>

Dehmelstr. 23, 18055 Rostock
Maxim-Gorki-Str. 3, 14513 Teltow
